

Leipzigs NEUE

EINE LINKE ZEIWOCHENZEITUNG

■ Kindergärten, wo Kinder leben

Flächendeckende Betreuung ist nicht nur eine Frage des Geldes, sondern auch des Willens der Kommune.

Seite 4

■ NATO-Schatten über Leipzig

Klammheimlich wird der Flughafen in Schkeuditz zum hochbrisanten Militärstützpunkt und potenziellen Anschlagziel.

Seite 7

■ „Keine Achtgroschenjungs!“

Der 8. Oktober 1965 sollte in Erinnerung bleiben: Ein ehemaliger Schweizer Generalstabschef enthüllt vor dem IOC die Intrige eines BRD-Botschafters und IOC-Präsident Brundage kanzelt NOK-Präsident Daume ab.

Seite 13

19

2005

13. Jahrgang

23. September

1 Euro

www.
leipzigs-
neue.de

Leipzig stärkte die Linke



Foto: Märker

Mehr zur Wahl: Seite 3

Wo steht Leipzig?

Die beiden Leipziger Direktkandidaten der Linkspartei, Dr. Barbara Höll (23,9 %) und Dr. Volker Külow (22,5 %) können sich über ihre Ergebnisse wahrlich nicht beschweren. Herzlichen Glückwunsch – ihr aufopferungsvoller Einsatz hat sich ebenso wie die Aktivität der Basis auf jeden Fall gelohnt! Dennoch, es reichte in beiden Fällen nur für den dritten Platz nach den Kandidaten von SPD (Rainer Fornahl, Gunter Weißgerber) und CDU (Jens Lehmann, Alexander Achimow). Barbara Höll kommt über die Landesliste in den 16. Bundestag.

Ein belebendes Element des Wahlkampfes war Gysis Auftritt am 16. September auf dem Leipziger Burgplatz – wo sich erstmals nicht nur die trafen, die sich ohnehin schon alle kannten. Es waren auffallend viele junge Gesichter in der Menge und auch zahlreiche Vertreter der sogenannten mittleren Generation. Allerdings: Ein bisschen mehr Präsenz von Landes- und Bundesvorstand hätten die Leipziger Direktkandidaten der Linkspartei im ungewöhnlich kurzen Wahlkampf schon getragen. Wir hatten das auch schon nach der jüngsten OBM-Wahl in Leipzig angemerkt. Nachträglich über Wahlplakate Worte zu verlieren, lohnt sich kaum. Die Werbe-„Experten“ scheinen beratungsresistent zu sein. Wem war Volker Külows Bart wichtiger als das Hirn? Bloß weil es Mode ist, Köpfe zu halbieren?

Wichtig nach diesem 18. September ist, dass die Linke auch in Leipzig dennoch bei den Erststimmen, vor allem aber bei den Zweitstimmen – also den Stimmen, die die Fraktionsstärke der Parteien im neuen Bundestag bestimmen – deutlich zulegte. Sie steigerte sich bei den Zweitstimmen von der Wahl 2002 (17,7 Prozent) auf nunmehr 22,5 Prozent, während die SPD-Stimmen dramatisch abgenommen haben: von 40,2 auf 32,3 Prozent. Die CDU, ohnehin auf niedrigerem Ausgangsniveau, verbesserte sich geringfügig auf 24,6 Prozent. Ähnlich die Lage bei den Leipziger Grünen: Sie kamen von 7,8 auf 8,1 Prozent. Die FDP verbesserte sich um ein Prozent auf 7,8 Punkte.

• mx

Koalition der Verschweiger

Der ARD-Pressclub vom Wahlsonntag wäre eigentlich nicht der Rede wert. Dass FDP-Mitglied Markwort vom Magazin FOCUS an diesem Tag immer noch Wahlkampf betrieb und die angeblich nötige „Deregulierung des Arbeitsmarktes“ einhämmerte, überraschte nicht. Nichts Sensationelles auch, dass die Runde über Angela Merkel und ihre Landesfürsten spekulierete, als sei schon ein überlegener Unionssieg gebucht.

Doch gegen Ende der Sendung, als man nun doch einmal die Millionen Arbeitslosen in den Blick bekam, blitzte sekundenlang Realität auf. Es war Michael Naumann, Mit-herausgeber der ZEIT, der an den Zusammenhang von Stellenabbau in Großbetrieben und steigender Arbeitsproduktivität erinnerte. „Darüber wird heute nicht mehr gesprochen. Ein altes Thema.“ (Der Ex-Kulturminister hatte seinen Marx nicht vergessen.) Punkt, Schluss. Keiner in der Gesprächsrunde griff den Fingerzeig auf.

Schlagartig wurde einem bewusst, dass Deutschland von einer Koalition der Verschweiger regiert wird. Haben Sie im Wahlkampf bei „Vorfahrt für Arbeit“ auch nur ein einziges Mal gehört, dass Merkel/Stoiber/Westerwelle/Schröder/Fischer die unablässig steigende Arbeitsproduktivität erwähnten? Und praktische Schlüsse daraus zogen?

• G. BRAUN

Meinungsmacher

Wie kommt es, dass die meisten der renommierten Meinungsforschungsinstitute mit ihren Voraussagen in der Vorwahlzeit so gründlich daneben lagen – neben den realen Ergebnissen der Bundestagswahl, auch schon deutlich neben der am Wahltag 18 Uhr bekannt gegebenen Prognose? Namentlich wurden fast durchweg der CDU/CSU höhere Werte und damit ein sicherer Sieg von Schwarz-Gelb über Rot-Grün in Aussicht gestellt, was sich nun aber nicht bestätigte.

Man kann wohl nicht davon ausgehen, dass die Experten ihr Handwerk nicht beherrschen und nicht auch mit Störgrößen umgehen können. Eher ist zu bedenken, dass ein reales Spiegelbild der Verteilung der Meinungen nur zuweilen von Interesse ist. Die Bekanntgabe von Ergebnissen der Meinungsforschung, besonders der Wahlforschung, ist zwangsläufig Meinungsbildung. Ihre Aussagen sind immer adressiert an die Unentschlossenen, jenen, denen es schwer fällt, sich eine eigene Meinung zu bilden. Die Bemerkung eines ZDF-Journalisten am Wahlabend ließ da unfreiwillig tief blicken: Das Ergebnis ist anders, als die Voraussagen „nahegelegt haben“. Sie wollten etwas nahelegen, das ist es.

• G. LIP-

Montag nach der Wahl

Berührungen (ohne sich zu treffen)

Montagabend 18 Uhr an der Nikolaikirche. Drinnen begann vor einer Stunde der Ökumenische Eröffnungsgottesdienst, anlässlich der Wochen der ausländischen Mitbürger. Mit Klängen des Chores der Afrikanischen Gemeinde, Predigten und Erzählungen. Die Teilnehmer an diesem Friedensgebet erfuhren Beispiele der Solidarität, Menschlichkeit und Fürbitte. In der Kirche mit dem üblichen großen Nachhall.

Vor der Kirche ein ganz anderer Widerhall, als mit dem Kirchturmschlag 18 Uhr Trillerpfeifen und Rufe wie „Hartz-Arbeit ist Sklaverei“ skandiert wurden. Polizeilich geschützt (oder bewacht?) liefen knapp 100 Ausgegrenzte und Arbeitslose mit

einer schwarzen Fahne Richtung Alter Markt, wo um diese Zeit noch fleißig für den City-Tunnel gebuddelt wurde. Die Leute im Innern der Nikolaikirche wussten und erfuhren nichts von denen draußen und offenbar auch umgekehrt.

Zur gleichen Zeit begann nebenan in der Aula der Alten Nikolaischule eine Diskussion über Jugendkultur und Hippies in der DDR. Der Andrang bei den ehemaligen DDR-Aussteigern war groß.

Zufällig auf engstem städtischen Areal an einem Abend „Ausgrenzungen und Ausgegrenzte“ unterschiedlicher Art. Keiner wusste offenbar vom andern. Berührungen blieben somit (noch) aus.

• JOACHIM MICHAEL

Ostdeutsche Bauwirtschaft verteuert Mindestlöhne

LN. Am Donnerstag vor der Wahl trat für ganz Deutschland die sogenannte „Fünfte Verordnung über zwingende Arbeitsbedingungen im Baugewerbe“ in Kraft. Konkret bedeutet das eine Absenkung des gesetzlichen Mindestlohnes auf 9,80 Euro im Osten und auf 12,30 Euro im Westen.

Für den Präsidenten des Zweckverbandes Ostdeutscher Bauverbände (ZVOB), Emil Hundo, ist dieses „Mindestlohn-Diktat“ von Minister Clemens „einseitiger Sozialismus“, denn der Staat greife hier ganz massiv in die freie Wirtschaft ein und diktiere Löhne von oben herab bis in den kleinsten Zimmereibetrieb, ohne sich um Preise und Konkurrenz zu kümmern. Möglicherweise will der ZVOB juristisch gegen das „Mindestlohn-Machwerk“ vorgehen, das von westdeutsch gepolten Bauspitzenverbänden und der IG Bau „ausgekungelt“ worden sei.

Immer noch ziemlich unge-recht angesichts der niedrigen Löhne im Osten.

Dennoch sieht der ZVOB sich nun der westdeutschen Konkurrenz nicht gewachsen. Was kümmert ihn schließlich, dass ein Arbeiter in der „kleinsten Zimmerei“ auch sein Brot und seine Miete bezahlen muss. Mögen 82 Prozent der ostdeutschen Baubetriebe die neuen – und ja abgesenkten – Mindestlöhne für zu hoch halten (für manche sind sie gewiss nur sehr schwer aufzubringen), ihre geforderten Stundelöhne zwischen 7 und 8 Euro sind unakzeptabel.

Der Kampf der ZVOB-Truppe gegen die Lohnabhängigen ist natürlich leichter, als sich gemeinsam stark zu machen, damit der Staat die kleinen Unternehmen finanziell unterstützt und sie menschenwürdigere Löhne bezahlen können. Aber das wäre ja soziale Marktwirtschaft. Und die ist passé.

Für die Dienerin

Getreu der CDU-Losung „Sozial ist, was Arbeit schafft“, schritt die Gemeindeverwaltung von Hohenwalde in der brandenburgischen Uckermark energisch zur Tat und ließ einen 250 Meter langen unbefestigten Feldweg – die Zufahrt zur Datsche der CDU-Chefin Angela Merkel – mit einer 15 cm dicken Schicht Bitumen übergießen. Kostenpunkt dieses Beitrags zum Aufbau Ost: 25 000 Euro.

Von zuständiger Stelle wurde dazu vorsorglich mitgeteilt, dass diese Baumaßnahme bereits im Vorjahr beschlossen wurde und daher nichts mit der Kanzler-Kandidatur von Frau Merkel zu tun gehabt hat. Bleibt nur die Frage, warum wohl gerade ihr in Zeiten knapper kommunaler Kassen ein derartiges Geschenk gemacht wurde.

Doch Frau Merkel lässt sich nicht lumpen. Sie bekannte immerhin deutungsvoll auf einer Wahlkundgebung: „Ich will diesem Land dienen und ihm damit das zurückgeben, was es mir gegeben hat.“

• K. SCH.

Beinahe wäre der PDS-Antrag für eine Ausbildungs- und Beschäftigungsoffensive für arbeitslose Jugendliche in der jüngsten Leipziger Stadtratssitzung gescheitert. Der sozialdemokratische Oberbürgermeister selbst lehnte den Antrag ab, was ohnehin nicht nachzuvollziehen ist. Dass er nach der Abstimmung verkündete, seiner Meinung nach sei der Antrag mehrheitlich abgelehnt worden, war mehr als lax. Glücklicherweise hatte sich PDS-Stadtrat Jens Herrmann im Saal genauer umgesehen. Deshalb forderte er eine Auszählung der Stimmen. Das Ergebnis: Der Antrag wurde mit 29 Für-, 26 Gegenstimmen und 7 Stimmenthaltungen angenommen. Leipzigs Jugendliche können dem Mann gar nicht genug danken.

Der nun umzusetzende Antrag lautet konkret: Der Oberbürgermeister wird beauftragt, eine Ausbildungs- und Beschäftigungsoffensive für arbeitslose Jugendliche unter 25 Jahren einzuleiten. Im Zusammenwirken mit der Arbeitsagentur, den Kammern sowie der ARGE Leipzig ist darauf hinzuwirken, dass die für den betreffenden Personenkreis zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel der Eingliederungshilfe im Zusammen-

OBM Tiefensee sah in die Runde und irrte sich gewaltig. Die dann von der PDS geforderte Auszählung ergab:

Antrag für arbeitslose Jugendliche angenommen

hang mit Hartz IV in erster Linie für Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen, für ABM sowie Lohnkostenzuschüsse und nicht vorrangig für so genannte 1-Euro-Jobs eingesetzt werden.

PDS-Stadträtin Margitta Hollick, die den Antrag begründet hatte, erinnerte daran, dass bereits im Frühjahr 2005 im Stadtrat intensiv über Probleme des Arbeitsmarktes im Allgemeinen und der Jugendarbeitslosigkeit im Speziellen gestritten worden sei. Der Oberbürgermeister und die Verwaltung hatten also ein halbes Jahr lang Zeit, Initiativen gemeinsam mit der ARGE und Wirtschaft anzugehen.

Stattdessen wurde dem Stadtrat nun ein Verwaltungsstandpunkt vorgelegt, in dem nur steht, was die Verwaltung bis Februar 2005 getan hat und was allgemein im Sozialgesetzbuch steht. Will man angesichts der dramatischen Situation in Leipzig wirklich warten, bis der Bund und das Land neue Förderprogramme auflegen? Margitta Hollick erinnerte: „Die

Arbeitslosenquote bei Jugendlichen unter 25 Jahren betrug im August 24,7 Prozent und betraf damit fast 12 000 Jugendliche. Die Arbeitslosenquote von Jugendlichen unter 20 Jahren lag im Juni 2005 bei 9,6, im August bei 18,1 Prozent.“

Damit sei Leipzig sei nicht nur das Schlusslicht in Sachsen, sondern auch unter Deutschlands Großstädten. Die ARGE ist diesem Problem nachweisbar nicht gewachsen, denn „es wurden so wenig wie noch nie Auszubildende nach abgeschlossener Lehre von den Unternehmen übernommen. Mehrere hundert Jugendliche sind zur Zeit für sechs Monate arbeitslos und gehen dann in das ALG II. Viel zu viele Jugendliche befinden sich heute über einen zu langen Zeitraum im ALG II.“

Für den rückläufigen Leipziger Ausbildungsmarkt bietet ja sogar die Stadtverwaltung selbst ein Beispiel: Als die Schließung der Stadtgärtnerei und damit auch der Wegfall von 8 Lehrstellen für Zierpflanzengärtner beschlossen wurde,

hieß es, die Azubi-Plätze würden kompensiert. Aber bis heute gibt es keine acht neuen Stellen bei Leipziger Gärtnereibetrieben.

Kein Wunder, dass sich linke Stadträte angesichts des Fehlens von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen, ABM oder Praktikumsplätzen von einem OBM nicht aufzählen lassen, was gemacht wurde, sondern nicht zuletzt wissen wollen, warum in einer Zeit, in der auf dem 1. Arbeitsmarkt immer weniger passiert, die Stadt Leipzig wiederholt Mittel für ABM in zweistelliger Millionenhöhe nicht abrief! Jugendliche müssten erkennen, dass sich Politik offensiv diesem Problem widmet und nach Lösungen sucht.

In der anschließenden Diskussion zum PDS-Antrag bestätigten die Herren Achminow (CDU), Müller (SPD) und Morlock (FDP) zwar die kritische Lage, meinten aber, die Stadtverwaltung würde doch arbeiten, wenn auch ohne Ergebnis, und deshalb befördere ein solcher Antrag nichts und sollte abgelehnt werden.

Dass sie mit ihrer Haltung dennoch nicht die Mehrheit im Stadtrat repräsentieren, bekundet das Abstimmungsergebnis. Auch wenn OBM Tiefensee es „per Augenschein“ beinahe geschafft hätte, das Votum falsch auszulegen. Was schon des Merkens wert ist.

• M. W.

Der Souverän wähle die Regierung ab, ohne eine neue zu favorisieren

Deutlich ist nur der Linksruck



WAHLKAMPF VON MORGENS BIS ABENDS, Petra Pau in Essen, Oskar Lafontaine auch und dann noch zu hundert anderen Terminen. Sie kamen an beim Wähler. So eine starke Linkskraft gab es im Deutschen Bundestag noch nie – womit nun allerdings europäische Selbstverständlichkeit hergestellt ist. Für die Bosse mag der dramatische Stimmenverlust der Schwarzen erschreckend sein. Aber ihr Stimmungsbarometer, die Börse, blieb ziemlich gelassen.

Wenn das Wörtchen *Wenn* nicht wär, könnte sich Stoiber zufrieden zurücklehnen: Die Frustrierten im Osten haben die Wahl *nicht* entschieden. Obwohl die Linkspartei dort teilweise ziemlich kräftig zugelegt hat (aber im Westen eben auch). In Thüringen, in Sachsen-Anhalt, in Brandenburg, in Mecklenburg-Vorpommern, in Berlin mit den drei Direktkandidaten Löttsch, Pau und Gysi sowieso erreichte sie in vielen Wahlkreisen 27 und mehr Prozent. In Sachsen – dem schwärzer gefärbten Süden das Landes zuzurechnen – steigerte sich die Linkspartei auf durchschnittlich 22 bis 23 Prozent. Alles in allem wird es für 54 Sitze im Bundestag und damit für die viertstärkste Fraktion reichen. Linkswähler erfüllten zudem, was sich Gregor Gysi als Wahlbonbon so sehr gewünscht hat: Das Stoiberland bringt der Schwesterpartei nur etwa 7,5 Prozent Stimmen ein, während die Linken bekanntlich bei 8,7 Prozent liegen.

Was dem von Stoiber, Merkel, Westermühle und auch von Schröder und Fischer reklamierten „Wahlsieg“ einen weiteren Dämpfer verpassen dürfte, ist Oskar Lafontaines Heimsieg. Haben die westli-

Ausgleichende Gerechtigkeit: Viele Kompetente werden nicht gewählt, und viele Gewählte sind nicht kompetent.

Früher kam es vor, dass ein Herrscher seinen Kopf verlor, heute begnügen sich die Regierungen damit, ihr Gesicht zu verlieren.

Doppelt hält besser, sagte der Politiker und schickte eine Lüge hinterher.

• REINHARD LOCHNER

chen Bundesländer der Linkspartei im Schnitt reichlich viereinhalb Prozent beschert, so erreichte die Partei im Saarland Ergebnisse von 16,9 bis 20,9 Prozent. Genug der Zahlen, die sich bei aller Vorläufigkeit kaum noch wesentlich ändern dürften. Tatsache ist und bleibt, die sogenannten Volksparteien setzten den Trend nach unten konsequent fort. Dennoch sind, wie wir am Wahlabend hörten, alle Sieger.

Bleiben wir bei den wirklich gestärkt aus der Wahl Hervorgegangenen, den Lin-

ken. Gysi sprach ihren Wählern aus dem Herzen, als er zusammenfasste, sowohl SPD als auch CDU würden ihre Wahlniederlage schon noch begreifen und sehen, dass es mit dem Sozialabbau so nicht weitergehen könne. Er prophezeite eine Veränderung des Zeitgeistes. Nicht sofort, aber immerhin ...

Gewiss, eine starke linke Fraktion kann schon einiges bewirken – aber wie der WASG-Vorsitzende Ernst unverzüglich

Wahlkampflakate fördern das Denkvermögen, vorausgesetzt man gelangt von der Einsicht, dass die Losung inhaltslos ist, zu der Überzeugung, dass das Plakat sinnlos ist, und schreckt nicht vor der Erkenntnis zurück, dass die Parteiendemokratie zukunftslos ist.

• REINHARD LOCHNER

mahnte, nur mit der Kraft einer neuen außerparlamentarischen Opposition. Nicht die Fraktion an sich, sondern ihr Vermögen, Massen mit Vorschlägen, Aktionen, Initiativen zu mobilisieren, wird darüber entscheiden, ob sich ein Linksruck vollziehen kann. Solches Vermögen allerdings setzt voraus, sich wieder mit den Lehren aus der Arbeiterbewegung zu beschäftigen. Gewiss, 1: 1 ist da nichts zu übernehmen. Aber an reiche klassenkämpferische Traditionen anzuknüpfen, das würde auch einem Projekt nicht schaden, das sich in nur vier Monaten mutig und nicht zuletzt riskant für beide Seiten formiert hat. (Damit hatte der Boss der Bosse nun wirklich nicht gerechnet als er die Flucht in Neuwahlen antrat).

Was eine künftige Vereinigung von Linkspartei.PDS und WASG betrifft, so haben die Wähler bereits ihre Zustimmung bekundet; unterschiedlich noch in den Landesteilen, aber immerhin. Nur, der Ehrenvorsitzende der Linken, Hans Modrow, hat das ja schon deutlich ausgesprochen – möge es auch gehört worden sein: Die Führung in diesem Vereinigungsprozess kann nicht die Fraktion mit ihren beiden Vorsitzenden Gysi und Lafontaine haben. Sie ist Sache der Parteivorstände. Und der Basis!

Was die Linkspartei.PDS betrifft, so scheint sie auf Tempo zu setzen, man redet allenthalben von Arbeitsgruppen,

von Kommissionen. Auch von Inhalten? Etwas anders die WASG, die ernsthaft entschlossen ist, sich nach der überstürzten Wahlphase erst einmal selbst kennenzulernen und zu einer gemeinsamen Programmatik zu finden – um so inhaltliche Positionen in den Vereinigungsprozess einbringen zu können. Da kann sich wirklich Interessantes und vor allem Entscheidendes für Deutschlands Zukunft tun.

Angesichts der sich daraus ergebenden möglichen Perspektiven ist es wahrlich zweitrangig, dass das Land derzeit scheinbar kopflos ist. Eine Regierung wird sich bilden, so oder so. Und sie wird genau die Umverteilung von unten nach oben fortsetzen, die die Regierung Schröder/Fischer untätigst begann.

Übrigens, haben Sie sich am Wahlabend auch so über BDI-Präsident Thumanns Klage amüsiert, Deutschland müsse wieder wettbewerbsfähig werden (wozu eine schwarz/gelbe Koalition notwendig

Die Geschichte mag der überzeugendste Lehrmeister sein, doch sie hat die unbegabtesten Schüler.

• ANDRÉ BRIE

sei!)? Deutschland ist Exportweltmeister! Trotz der sieben Jahre Rot/Grün, trotz des teuren Euros, trotz der seit Jahren steigenden Ölpreise, trotz der angeblich zu hohen Löhne und Sozialkosten. Immerhin, die Reporterfrage, ob ihm der in der Wahl zum Ausdruck gebrachte Volkswille gleichgültig sei, ließ ihn dann doch irritiert schweigen.

Modelle, wie die neue Regierung aussehen könnte, sind bereits am Wahlabend zahlreich diskutiert worden. Man denke nur an Joschka Fischers aufopferungsvolles Angebot Richtung Schwarz/Gelb: Wenn die große Koalition nicht zustande käme, „dann sind wir alle in der Pflicht“. Spannend wird es lediglich, wenn sich Schröder, wie ja wortgewaltig angedroht, als Gegenkandidat zu Merkel aufstellt. Mit der Linkspartei will er zwar partout nicht. Aber ohne wenigstens ein paar Stimmen von ihr zu bekommen, kann er sich auf keinen Fall als neuer Kanzler etablieren. Es muss ja nicht gleich Oskars Stimme sein. Aber ansonsten ist ihm dann wohl doch jede recht.

• MAXI WARTELSTEINER

WAHL- ERGEBNISSE*

Deutschland**

Wahlbeteiligung in Prozent
2005 (2002): 77,7 (79,1)

Zweitstimmenanteile in Prozent 2005
(2002) / Mandate 2005 (2002)

CDU/CSU	35,2 (38,5)	225 (248)
SPD	34,3 (38,5)	222 (251)
FDP	9,8 (7,4)	61 (47)
Li./PDS	8,7 (4,0)	54 (2)
Grüne	8,1 (8,6)	51 (55)

Sachsen**

Wahlbeteiligung in Prozent
2005 (2002): 75,9 (73,7)

Zweitstimmenanteile in Prozent 2005
(2002) / Mandate 2005 (2002)

CDU	30,4 (33,6)	12 (13)
SPD	24,3 (33,3)	9 (12)
Li./PDS	23,0 (16,2)	9 (–)
FDP	9,8 (7,3)	4 (2)
Grüne	4,6 (4,6)	– (2)

Leipzig I, WK 153

Wahlbeteiligung in Prozent
2005 (2002): 73,7 (73,0)

Zweitstimmenanteile in Prozent 2005
(2002) / Mandate 2005 (2002)

CDU	25,8 (25,2)
SPD	32,0 (39,8)
Linke.PDS	22,5 (17,6)
FDP	8,1 (7,0)
Grüne	6,6 (6,5)

Leipzig II, WK 154

Wahlbeteiligung in Prozent
2005 (2002): 75,4 (74,7)

Zweitstimmenanteile in Prozent 2005
(2002) / Mandate 2005 (2002)

CDU	23,3 (22,7)
SPD	32,5 (40,6)
Linke.PDS	22,5 (17,8)
FDP	10,0 (9,1)
Grüne	7,6 (6,5)

Direktmandate für Kandidaten der Linkspartei.PDS

Gregor Gysi, Berlin
Gesine Löttsch, Berlin
Petra Pau, Berlin

Gewählte Abgeordnete der Landesliste Sachsen der Linkspartei.PDS

Katja Kipping
Axel Troost
Sabine Zimmermann
Jörn Wunderlich
Barbara Höll
Ilja Seifert
Monika Knoche
Michael Leutert
Silke Teubner

* Vorläufige Ergebnisse

** Ohne Wahlkreis 160 (Dresden)

Flächendeckend Kindergärten

– weniger eine Frage des Geldes als des politischen Willens

In der Ausgabe 16 '05 berichtete Leipzigs Neue von einem Antrag der Linkspartei/PDS-Stadtratsfraktion, gezielt Interessenten zur Schaffung von Betriebskindergartenplätzen anzusprechen, den Rüdiger Ullrich begründet hatte. Bereits im Juni war ein SPD-Antrag zu flexiblen Öffnungszeiten in Kindertagesstätten beschlossen worden, um dem Bedarf berufstätiger Eltern besser zu entsprechen. In der Juli-Stadtratsitzung stand ein Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Abstimmung, der vorsah, in den Stadtbezirken Süd und Nord die Kinderkrippen- und die Kindergartenversorgung zu erhöhen und bis 2007 dem durchschnittlichen Versorgungsgrad der Stadt anzugleichen. Stadträtin Anette Körner begründete, zu einer kinderfreundlichen Stadt gehöre, Plätze in Kindertagesstätten dort anzubieten, wo die Kinder leben. Namens der SPD-Fraktion unterstützte Stadtrat Heiko Oßwald den Grünen-Antrag. Ein bisschen aberwitzig allerdings war seine Begründung, dass die In-

Kindergartenplätze vorhanden waren. Nicht zuletzt durch Neubauten von Kinderkombinationen war in den 80er Jahren auch in den Altstadt-gebieten die Krippenplatzkapazität wesentlich erweitert worden.

Auch Betriebskindergärten gab es reichlich

Weil der Ausgangspunkt dieses Artikels ja die Schaffung von Betriebskindergärten war: Die gab es ebenfalls flächendeckend in Leipzig, nämlich in jedem Großbetrieb, bei jeder größeren Institution. Sie wurden rigoros, um nicht zu sagen hemmungslos abgewickelt und plattgemacht, wie die Arbeitsplätze der Väter und Mütter. So bestätigt sich auch hier: Zerstören geht schnell, Wiederaufbau dagegen hat es schwer ...

Ich selbst war schon während meiner Lehrzeit zwischen 1969-1972 vorrangig auf Baustellen für Kindereinrichtungen tätig. Richtig ist, dass – durch den gewollten Vorrang bei der Errichtung von Schulen und Kindereinrichtungen – in Leipzig-Grünau der Bedarf an Kindergarten- und



Übrigens und nur am Rande, auch im zentral gelegenen Wohnhochhaus Wintergartenstraße befand sich einst eine Kindereinrichtung mit Spielfläche auf dem Dach der Erdgeschossbebauung, die jahrelang vor sich hingammeln musste und gerade abgerissen wurde.

Plattmache oft politisch gewollt

Tatsache ist, dass die Stadtverwaltung bis Ende 1992 für die meisten Gebäude mit Betreuungseinrichtungen, für die es Rückübertragungsansprüche gab, keine Anträge auf Investitionsvorrang stellte. Die Gesetzeslage bestimmte damals, dass für Einrichtungen des Gemeinbedarfs die Kommunen prinzipiell bevorrechtigt waren. Dies wurde versäumt. Teilweise, wie beim ehemaligen Haus der Pioniere, war so ein gesetzlich gesicherter Anspruch gar nicht gewollt. Für diese Entwicklungen steht teilweise auch der heutige OBM in der Verantwortung.

Wissenswert auch, dass die SPD-Fraktion in der Wahlperiode 1990-1994 beantragte, den Neubau in der Richard-Lehmann-Straße mit 180 Kindergarten- und 90 Kinderkrippenplätzen abzureißen, um Platz für einen Neubau der HTWK zu schaffen. Nicht zuletzt durch die Proteste aus der PDS-Fraktion und im Inneren Süden wurde dieser Antrag recht schnell begraben. Die HTWK zog in das sanierte ehemalige Verwaltungsgebäude in der Karl-Liebnecht-Straße. Alternativlos sei es, so Stadtrat Oßwald, wenig frequentierte Einrichtungen zu verlagern, Initiativen bei der Suche von Grundstücken zu unterstützen und Maßnahmen für den Neubau solcher Einrichtungen zu ergreifen, auch wenn dies Geld kostete. Eine beliebte Begründung um von Fehlleistungen abzulenken.

Es gibt sehr wohl Alternativen. So könnten leere Schulen als Kindergärten und andere städtische Einrichtungen umgestaltet und dafür gleichzeitig der Anteil von Krippenplätzen in sogenannten Kinderkombinationen erhöht werden. Vor Neubau sollte prinzipiell die Nachnutzung vorhandener Gebäude untersucht werden.

Nicht zuletzt den zahlreichen PDS-Kommunal- und Landespolitikern ist es zu danken, dass diese Infrastruktur nach der Wende nicht gründlich vernichtet werden konnte, ja, schrittweise in den letzten Jahren verbessert wurde – und sich so zu einem wesentlichen Standortvorteil des Ostens auswirkt.

• SIEGFRIED SCHLEGEL

Splitter aus dem Stadtrat

● Entwurf für Haushalt 2006

Die erst im Mai in das Amt gewählte Beigeordnete für Finanzen, Bettina Kudla, brachte erstmalig den Haushaltsplanentwurf ein.

Unter Zwängen fasste der Stadtrat mit großen Mehrheiten am gleichen Tag den sogenannten Beitrittsbeschluss zum Haushalt 2005. Das Regierungspräsidium hatte dazu eine neue Hundesteuersatzung, den Konsolidierungsbeitrag des Dezernates Kultur zum mittelfristigen Haushaltskonzept sowie einen Beschluss zur Erhebung der Zweitwohnungssteuer vorgegeben. In Leipzig sollen aber Studenten befreit sein, die am Hauptwohnsitz bei den Eltern wohnen und damit keine eigene Wohnung haben.

● Keine finanziellen Abenteuer bei Randbebauung

Einstimmig beschlossen wurde auf Antrag der PDS, dass sich die Stadt oder ihre Unternehmen nicht an unwirtschaftlichen Projekten zur Bebauung der Randwinkel am Museum für bildende Künste beteiligen.

● Analyse zur Wohnungssituation der Hartz-IV-Betroffenen

Dr. Dietmar Pellmann begründete den mit großer Mehrheit vom Stadtrat beschlossenen Antrag zur Erstellung einer Analyse zur Wohnungssituation der Hartz IV-Betroffenen. Anders als in zahlreichen Städten, war in Leipzig kein Stadtratsbeschluss zur oberen Grenze des Quadratmeterpreises für die Nettokaltmiete herbeigeführt worden.

● Behinderte rechtzeitig über Verkehrsbaumaßnahmen informieren

Laut einem mehrheitlich beschlossenen CDU-Antrag sollen die Behindertenverbände besser über Verkehrsbaumaßnahmen – unter Beachtung der Mobilitätsanforderungen der Behinderten – informiert werden.

• S. SCHLEGEL



Foto: Planet DDR, 1981

frastruktur der Betreuungseinrichtungen noch auf den Bedarf in DDR-Zeiten ausgerichtet sei, wo junge Familien vor allem in Grünau, Paunsdorf und Neuschönefeld gewohnt hätten. Mittlerweile habe sich aber die Situation grundlegend verändert. Junge Familien zögen vor allem in den prosperierenden Süden, nach Gohlis, Schleußig oder ins Waldstraßenviertel. Im Ergebnis gebe es wenig frequentierte Kitas beispielsweise in Grünau und lange Warteschlangen in den zuvor genannten Problembezirken. Besonders im Süden habe sich die Situation dramatisch verschärft. Für die dort lebenden 3300 Kinder im Alter von 1 bis 6 Jahren würden etwa 340 Krippen und 1600 Kindergartenplätze benötigt. In dieser Dimension scheine die Verwaltung das Problem noch nicht erkannt zu haben. Letzteres stimmt. Nur, warum will der SPD-Mann nicht wahrhaben, dass in der zweiten Hälfte der 70er Jahre in Leipzig flächendeckend

Krippenplätzen sehr bald gedeckt war. Zudem: Bei der Versorgung mit Krippenplätzen wirkte auch das Babyjahr, dass fast alle Mütter in Anspruch nahmen.

Blanker Unsinn ist es jedoch zu behaupten, dass in Altbaugebieten wie im Süden, Schleußig oder Waldstraßenviertel zu DDR-Zeiten kaum junge Familien gewohnt hätten. Die kommunale Wohnraumlenkung war ja dazu da, dass vor allem Familien mit Kindern in die großen Gründerzeitwohnungen auch dieser Stadtteile gelenkt wurden.

Zahlreiche Bauten beweisen, dass sich das Neubaugeschehen innerstädtisch Ende der 50er im Inneren Süden konzentrierte. Damals wurden in den Altstadtvierteln in Einzelgebäuden aber auch Erdgeschosswohnungen zahlreiche Kindergärten und Krippen eingerichtet. Jedoch, die meisten davon sind seit der Wende geschlossen, auch mangels Kindern. – Heute wirkt sich ihr Fehlen dramatisch aus.

Wir ham's ja

Bundesweiter Vergleich der Gaspreise vor den jüngst angedrohten Erhöhungen (nach: WDR-Gaspreisdatenbank)

Gas in Mitteldeutschland am teuersten

Durchschnittspreis Bundesländer

(Berechnungsgrundlage: Musterhaus, Musterwohnung mit einem Jahresverbrauch von 20 000 kWh und einem 11 kW-Brenner)

Sachsen	1205 Euro
Sachsen-Anhalt	1151
Thüringen	1146
Baden-Württemberg	1101
Brandenburg	1094
Bayern	1077
Hessen	1060
Meckl.-Vorpommern	1055
Nordr.-Westfalen	1052
Saarland	1046
Schleswig-Holstein	1042
Rheinland-Pfalz	1020
Niedersachsen	1002

Die teuersten Städte in der BRD:

Leipzig	1288 Euro	(Sachsen)
Eilenburg	1279	(Sachsen)
Chemnitz	1273	(Sachsen)
Burg	1268	(Sachsen-Anh.)
Zwickau	1255	(Sachsen)

Die billigsten Städte in der BRD:

Achim	872 Euro	(Niedersachsen)
Rotenburg	888	(Niedersachsen)
Buxtehude	905	(Niedersachsen)
Verden	913	(Niedersachsen)
Bad Vilbel	921	(Hessen))

Die billigste Stadt im Osten:

Malchow	1003 Euro	(Meckl.-Vorpom.)
---------	-----------	------------------

Auf Beschluss der Regierung der DDR wurde im Jahre 1955 in Leipzig ein Literaturinstitut gegründet, das 1958 den Status einer Hochschule und 1959 den Namen Johannes R. Becher erhielt. Bis Anfang der neunziger Jahre wurden in vier Studienrichtungen fast 1000 Direkt- und Fernstudenten ausgebildet. Gegenüber dem akademischen Unterricht an der Universität, der auf die Ausbildung von Lehrern, Lektoren, Dramaturgen oder Wissenschaftlern zielte, war die Lehre am Literaturinstitut an den Schreibinteressen junger bzw. angehender Autoren orientiert. Im Zentrum standen daher schöpferische Seminare in Prosa, Lyrik und Dramatik, wobei das Prosa-Seminar für alle Studenten obligatorisch war – so beschrieb Prof. Walfried Hartinger (gest. 2003) Gründung und Programmatik dieses Instituts. Seine Direktoren waren bekannte Schriftsteller:

Alfred Kurella 1955–1957,
Max Zimmering 1958–1964,
Max-Walter Schulz 1964–1983,
Hans Pfeiffer 1985–1989,
Helmut Richter 1990–1992.
Zu den international bekannt gewordenen, Studenten gehörten unter anderem Kurt Bartsch, Werner Bräunig, Heinz Czechowski, Kurt Drawert, Ralph Giordano, Karl-Heinz Jakobs, Sarah Kirsch, Rainer Kirsch, Barbara Köhler, Erich Loest, Dieter Mücke und Andreas Reimann (beide aus politischen Gründen exmatrikuliert), Bernd Rump, Klaus Schlesinger, Gerti Tetzner, Fred Wander.
Einen besonderen „Glücksfall“ für das Institut nannte Prof. Hartinger Georg Maurer, der von 1955 bis 1970 die schöpferischen Seminare leitete und ein ganze Generation junger DDR-Dichter prägte (Sächsische Dichterschule). Hartinger zitiert Heinz Czechowski, einen der frühen Schüler des Instituts, der das Verfahren seines Lehrers Georg Maurer beschrieb: „... die Methode war, direkt gesagt, natürlich keine Kathedermethode, es entstand eine lebendige Arbeitsatmosphäre ... Wenn ich jemals Kleists Formulierung ‚Über die allmähliche Verfertigung der Gedanken beim Reden‘ begriffen habe, dann in diesem Seminar. Maurer nahm die Gedichte der Kursanten zum Anlaß, und seine Methode war eigentlich, wie in der Kunstgeschichte dominierend, eine vergleichende: Er zog heran, was er in der Lyrik der Welt gefunden hatte, und verglich, wie in ihr diese oder jene Wendung oder Meta-

pher im Vergleich zu dem gerade besprochenen Gedicht realisiert worden war ... Er hat uns Fenster geöffnet, er vor allem, aber auch andere, die sich um uns bemühten wie Trude Richter, das sehe ich heute schärfer als damals. Er hat uns Fenster geöffnet, und man mußte dann natürlich weitersehen, weiterarbeiten ...“
Hinzu kam eine sogenannte produktions-ästhetische Orientierung, alljährliche Praktika, vor allem im Patenbetrieb des Instituts, dem VEB Braunkohlenwerk Regis. Begegnungen dieser Art haben Spuren in literarischen Texten vieler Absolventen hinterlassen.
Ebenso wertvoll für die jungen Autoren war die Möglichkeit miteinander zu kom-

munizieren. Für Prof. Hartinger manchmal sogar weit wichtiger als der eigentliche Unterricht: „Die Direktstudenten, etwa 20 an der Zahl, arbeiteten drei Jahre lang zusammen und erhielten nach Testa-

ten, Prüfungen und Abschlußarbeiten ein Diplom. Die Fernstudenten, die im Dreijahres-rhythmus immatrikuliert wurden; jeweils ungefähr sechzig; trafen sich in einem Abstand von sechs bis acht Wochen für drei bis vier Tage im Institut zu Seminaren und Vorlesungen. In Weiterbildungsveranstaltungen, sogenannten Sonderkursen, die auf ein Jahr ausgelegt waren und aus Treffen von jeweils einer Woche im Monat bestanden, begegneten sich seit 1966 bereits bekannte Schriftsteller. Hier standen Informationen über neue Trends in Kunst und Literatur, neue Erkenntnisse der Naturwissenschaften sowie der gegenseitige Austausch im Zentrum des Interesses.“ Und natürlich: Die Autoren waren durch Stipendien für dieses Jahr finanziell abgesichert.
Als das Literaturinstitut auf Beschluss des Freistaates Sachsen zum 31. Dezember 1990 aufgelöst werden sollte, weil es nicht den „Anforderungen einer freiheitlichen Gesellschaft bzw. eines demokratischen Rechtsstaates und der sozialen Marktwirtschaft“ entsprach, protestierten Studenten ebenso wie namhafte Literaten und Publizisten, unter ihnen Hans Mayer und Walter Jens. Die Landesregierung war gezwungen, neu über das Fortbestehen dieser „Schreibschule“ nachzudenken Sie wurde zwar dennoch aufgelöst, ab 1995 als „Deutsches Literaturinstitut der Universität Leipzig“ neu gegründet. Als Direktor fungierte bis 1999 Lyriker Bernd Jentzsch. Derzeit stehen dem zehn Jahre alten Institut Prof. Josef Haslinger und Dr. Hans-Ulrich Treichel vor. • M. W.

Berühmte Leipziger Schreibschule

am 30. September vor 50 Jahren gegründet

Und im Hof der Gingko-Baum

1957 zog das Leipziger Literatur-Institut von der Schwägerichenstraße in die Karl-Tauchnitz-Straße 18, in die dortige Villa, die so manchem als ein „grünes Haus“ in Erinnerung ist. Entstieg seinem Schornstein manches Mal – neben dem weißen Rauch in den kühlen Jahreszeiten – nicht auch der Pegasus eines Poeten?



„... fehlte der Rauch, wie trostlos wäre ein solches Haus...!“ – Nach Brecht, ist dieses Haus nie benannt worden. Viele Namen hätten ihm gut zu Gesichte gestanden! Doch die kleinste Dozentenschule der Welt, mit beinahe mehr Dozenten als Studenten bekam den Namen: „Johannes R. Becher-Institut“. Das bundesdeutsche Nachfolgeinstitut, nunmehr angesiedelt an der Philologischen Fakultät heißt nur noch nüchtern „Deutsches Literaturinstitut der Universität Leipzig“. In der Sowjetunion hieß die dortige Dichterschule „Maxim Gorki“, und so viel ich weiß, hat sich daran nichts geändert.

Es mag auch mehr als nur ein Zufall sein, der die Umzügler von der Schwägerichenstraße nach der Tauchnitzstraße freudvoll ausrufen ließ, sie wären hier am rechten Ort, denn siehe: Im Hofe stünde ein Ginkgo-Baum! Alfred Kurella, der erste Direktor dieses neuen Institutes, war es, der ihn entdeckte.

Die Hoffnungen waren groß und sie waren berechtigt! Hier wählte mancher den richtigen Ort für seine geistige Heimat, da man sich Goethes-Baum, dem Ginkgo Biloba, so nahe wusste, wie wohl selten Zufälle nahe sind.

Der Baum steht immer noch im Hof der Villa an der Tauchnitzstraße. Doch die „Schmiede“ selbst musste nach dem Ende der DDR umziehen. Das neue „Deutsche Literatur-Institut“ hat einen gewiss schönen Platz in der Wächterstraße, gerade gegenüber der Leipziger „Hochschule für Grafik- und Buchkunst“. Die Musen Leipzigs leben nun miteinander im „Muskviertel“. Den Ginkgo Biloba, den „deut-

schen Dichterbaum“ konnte man allerdings nicht mitnehmen. Vielleicht wäre es möglich, dass die Mitarbeiter und Studenten des neuen Institutes sich einen Setzling vor's Haus pflanzen, damit jeder sehen kann: Hier gruben Dichter und Poeten einen Schatz für die Zukunft ein. Goethes Baum, gepflanzt an einem „Subbotnik“ – wäre das nichts?

Dr. Kurt Kanzog, der zu den Begründern des Institutes für Literatur gehörte und seinerzeit von Hans Mayer unterrichtet wurde – der auch sein „Doktorvater“ war – erzählte vielen der neu immatrikulierten Studentengänge von Alfred Kurellas Entdeckung im Instituts-Hof. Er ließ es sich nie nehmen, von seinem Katheder aus die seltsamen Blätter des Ginkgo zu zeigen. Heute sagt er lachend: „Sie lagen ja auf dem Boden, man musste nur zugreifen!“

Mein alter Lehrer Dr. Kanzog wohnt bei mir nebenan. Der ehemalige Dozent für deutsche Klassik ist nun bald 92

Ginkgo biloba

Dieses Baums Blatt, der von Osten
Meinem Garten anvertraut,
Gibt geheimen Sinn zu kosten,
Wie's den Wissenden erbaut.

Ist es Ein lebendig Wesen,
Das sich in sich selbst getrennt?
Sind es Zwei, die sich erlesen,
Dass man sie als eines kennt?

Solche Frage zu erwidern,
Fand ich wohl den rechten Sinn;
Fühlst du nicht an meinen Liedern,
Dass ich eins und doppelt bin?

Johann Wolfgang Goethe

Jahre alt. Gunther Preuß saß unter seinen Studenten, wie auch Andreas Reimann, Reinhard Bernhof oder Werner Bräunig, Angela Krauß ... Auf die Frage, was er von den heutigen jungen Dichtern verlangen würde, meinte er, nichts weiter, als lesen und lesen, und lesen. Und mit beiden Beinen auf dem Boden bleiben! Ein Zitat fällt ihm ein: „Lerne denken mit dem Herzen und lerne mit dem Verstand zu fühlen!“ – Dr. Kanzog ist sich nicht ganz sicher, ob das Zitat von Theodor Fontane stammt oder von einem anderen. Aber man könnte ja nachlesen und lernen und lernen und lesen ...! • JÖRN FRIEDRICH SCHINKEL

Wir Ossi sind nicht nur frustriert, wir klagen auch für unser Leben gern. Also „Auf, auf zum fröhlichen Klagen“ mit Uta und Ingolf Serwuschok und Thomas Störel. In der ersten Conférence des Abends (schön politisch, aber noch ausbaufähig) weist Ingolf S. das vermeintlich kritische Publikum darauf hin: „Auch Klagelieder können Stimmungsmusik sein!“ Das ist nicht falsch, heißt aber noch lange nicht, dass es nur Bumsvalera gibt. Ganz ohne Zweifel rangieren einige der Nummern auch unter Ulk, so besonders die drei letzten Darbietungen vor der Pause: Erotisch-komisch wird es beim „Mexikaner“ (Ingolf S.). Wer besser „Einparken“ kann, hat sich rumgesprochen (Uta S.). Der vorläufige visuelle und musikalische Höhepunkt ist Störels umjubelter und belächelter Auftritt als „Madame Blon-de“ mit teurem und nip-

pelbetonenden Si-likonfußbällen als Oberteil. Aha, also Klamauk. Keine Angst, zahlreiche Nummern bieten beste politische Satire und können sich trotzdem sehen (und hören) lassen. Der

Auch in anderen Beiträgen, die alle aus der eigenen Werkstatt stammen, werden Schlaglichter auf gegenwärtige Probleme geworfen. In der Kurzbahn, die im City-Tunnel dahinrasen wird, muss man sich

Auch ein Rezept: mit Lachen Klageschreie ausstoßen

Das neue SANFTWUT-Programm

ursprünglich harmlose Mundartsketch um den vogtländischen Bullezeiärrrrr, nun zum Beschützen der Neonazis in Leipzig eingesetzt, hat Tiefe und Schärfe. Und am Ende der Begegnung mit Mirko erfährt man: „Gute Bildung ist hierzu-lande längst Vergangenheit!“ Das trifft

nicht einmal hinsetzen, so schnell ist alles vorbei. Dafür bekam Leipzig nicht Olympia, sondern die kürzeste U-Bahn der Welt. In der längsten Bauzeit. Ob lokal (Feinstaub als beste Droge, Abriss als Rückbau und dann als Vorzeigeunterkunft für Hartz IV Betroffene) oder über-

regional (ausländische Schlachter produzieren deutsche Schweineschnitzel schwarz, käufliche Damen setzen ihr Donezbecken ein) – es sind viele Klagen, die gesungen werden. Alle Kompositionen lieferte der einzige promovierte Leipziger Kabarettist Thomas Störel.

Zur Premiere waren die da oben und die da unten von Beginn an eins. Das freute auch Regisseur Rainer Otto, der bei allen drei Kabarettisten neue Stärken ausfindig machte. Die Tanzschritte brachte ihnen Silvia Zygouris bei, gute Arbeit. Natürlich waren auch Moni und Manni wieder zugange. Allerdings: Eine umwerfende Schlussnummer wie „Mit Arthrose nach Athen“ (Pantoffelhelden) wurde beim alles in allem erfreulichem Klagen schmerzlich vermisst von

• WOLFGANG U. SCHÜTTE



Wo ist Milbradts Bierdeckel?

Laut Zeitungsberichten wirft Ministerpräsident Milbradt der Linkspartei.PDS vor, ein dilettantisches Finanzkonzept zu vertreten. Der Vorsitzende der Linksfaktion.PDS im Landtag, Peter Porsch, hatte daraufhin Milbradt aufgefordert, die dieser Behauptung zugrunde liegende Analyse bereitzustellen, um ihre Wahrhaftigkeit zu überprüfen. Bis heute liegt keine Antwort vor. Dazu Porsch:

Offenbar hat Herr Milbradt den Bierdeckel verloren, auf dem er seine Analyse des Linkspartei-Steuermodells niedergeschrieben hat. Vielleicht kann ihm sein Parteifreund Merz aushelfen, der ja mal das ganze Steuersystem auf einem Bierdeckel unterbringen wollte, oder Herr Kirchhof, dessen Idee eines einheitlichen Steuerersatzes für Krankenschwester und Multimillionär auch auf einem Bierdeckel Platz findet. Wahrscheinlich kann man die CDU-Steuerpolitik daher sowieso nur noch unter Alkoholeinfluss begreifen, während das Steuermodell der Linkspartei ein nüchternes Zahlenwerk darstellt – wie die mittlerweile drei alternativen Haushalts-Ansätze der PDS-Landtagsfraktion. Ich stelle also ernüchtert fest: Eine ernstzunehmende Analyse des sächsischen Finanzministeriums existiert offensichtlich weder zur „Reichensteuer“-Forderung aus der SPD noch zum Steuermodell der Linkspartei.PDS.

Landtag deckelt Justizskandal

LN. Am 7. September befasste sich eine **Landtags-Sondersitzung** auf Antrag der Linksfaktion mit den jüngsten Erscheinungen der **Verletzung der Pressefreiheit und der Behinderung einer unabhängigen Aufklärung von Korruption** im Zusammenhang mit der Tätigkeit der staatsanwaltlichen Antikorruptionseinheit INES. Ungeachtet vieler Proteste – auch aus der Koalition – verteidigte Justizminister Mackenroth das illegitime Vorgehen. Fraktionsvorsitzender Cornelius Weiss und Karl Nolle (beide SPD) gingen auf Distanz. Der Sprecher der **Linksfaktion, Klaus Bartl**, verwies auf

entscheidende Zusammenhänge und Hintergründe: Nachdem die inzwischen 47 Mitarbeiter von INES, darunter acht Staatsanwälte und rund 30 Polizeibeamte sowie Experten, nach einjähriger Einlaufzeit begannen, ohne Ansehen der Person immer erfolgreicher auch nach oben ermittelten, begannen die Väter von INES „die Zuchtpeitsche zu schwingen“. Als INES-Beamte Anfang Mai Räume des Staatsministeriums für Wirtschaft und Arbeit durchsuchten, um Beweise für Subventionsbetrug in Millionenhöhe sicherzustellen, „erschallte lautstarkes Murren aus den sächsischen CDU-Führungs-

etagen ... Braun wurde die Butter dann, als die Antikorruptionseinheit ein Ermittlungsverfahren gegen den früheren CDU-Wirtschaftsminister Kajo Schommer selbst einleitete.“ Bartl weist darauf hin, dass kaum jemand nach den Vergehen Schommers fragte, sondern fortan die Anwesenheit eines Reporters und „undichte Stellen“ bei INES im Blick waren und Mackenroth laut über die Notwendigkeit einer „Neujustizierung von INES“ nachzudenken begann.

„Und hier setzt dann ein Mechanismus ein“, so Bartl, „dessen Lauf und dessen Wirkung ... Breschen schlägt sowohl in die

Unabhängigkeit der Justiz und ihre Wirksamkeit bei der Bekämpfung und Vorbeugung von Korruption im Lande wie vor allem auch in das ... Rechtsgut der Pressefreiheit.“ Bartl verwies auch auf bisherige massive Bestrebungen zur Einengung der Tätigkeit von INES.

Er forderte vom Landtag entsprechend einem PDS-Antrag, Maßnahmen zu beschließen zur Wahrung des Rechts auf Pressefreiheit als Faktor öffentlicher Meinungsbildung, zur Sicherung der Unabhängigkeit der Justiz und im besonderen für eine wirksame Arbeit der Antikorruptionseinheit.

Der Landtag folgte jedoch nur einem CDU/SPD-Antrag, der vom Justizminister einen schriftlichen Bericht verlangt.

Gaspreiserhöhung sachlich nicht zu begründen

LN. Die Linksfaktion.PDS hat einen Antrag „Stopp neuerlicher Erhöhungen der Gaspreise“ in den Sächsischen Landtag eingebracht. „Noch viel weniger als die rapide steigenden Preise für Erdölprodukte lassen sich rapide Preissteigerungen für Erdgas sachlich begründen“, erklärte dazu deren energiepolitische Sprecherin, Katja Kipping. Nicht der Kostendruck treibt die Preise hoch, sondern das Streben nach Maximalprofit. Die drohende Explosion der Gaspreise werde Privathaushalte und mittelständische Unternehmen gerade auch in Sachsen unzumutbar belasten und die wirtschaftliche Entwicklung beeinträchtigen. Schon heute hat Sachsen die höchsten Gaspreise in Deutschland. Die Fraktion fordert die Regierung auf, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln gegen weitere Erhöhungen vorzugehen. Die Verbraucherzentrale Sachsens will Klagen von Kunden koordinieren.

Landesbank-Äffäre: Minister Metz lenkt ab

Linke: Zeugen konfrontieren

LN. Während Finanzminister Metz in der vorigen Woche im Landtagsausschuss zur Landesbank-Affäre von seinem unseriösen Angebot an die Firma Industrie- und Immobilien-Leasing GmbH ablenken wollte und den Schwerpunkt auf die Differenzen über den Wert der Firma setzte, legte Klaus Tischendorf (PDS) den Finger auf die Wunde: Der Ausschuss be-

schäftigte sich mit der Rolle der Staatsregierung in der Affäre, daher müssten die eklatanten Widersprüche in den Zeugnisaussagen vom 5. August (LN vom 12. 8.) aufgeklärt werden. Die Vertreter der Linksfaktion.PDS beantragten, die von der Ausschuss-Mehrheit verhinderte Gegenüberstellung von Minister Metz und den befragten Zeugen nachzuholen.

Falsche Daten

LN. In der Polizeidatenbank Sachsen waren laut Datenschutzbeauftragtem Andreas Schurig von Anfang der 90er Jahre bis 2005 Personen als tatverdächtig erfasst, deren Handlungen keine Straftat darstellten. Das polizeiliche Auskunftssystem PASS enthalte zudem Angaben über Ermittlungsverfahren, wenn diese bereits eingestellt sind. Auch durften widerrechtlich private Sicherheitsunternehmen die Dateien nutzen.

LVA-Selbstbedienung

LN. Gegen 14 Vorstandsmitglieder der Landesversicherungsanstalt Sachsen wurden auf Antrag der Staatsanwaltschaft Strafbefehle wegen Untreue verhängt. Dem früheren und dem jetzigen Geschäftsführer, Heinz Löffler und Manfred Kees, hatten sie in Form einer unbegründeten Aufwandsentschädigung 11 000 Euro zukommen lassen. Strafbefehle erhielten auch die beiden Vorsitzenden, Renate Bosse (Arbeitgebervertreterin) und Hanjo Lucassen (Arbeitnehmervertreter). Kees ist weiter im Amt.

Längster Schulweg?

LN. Da das Schuljahr für viele mit einem längerem Schulweg begann, haben die MdL Julia Bonk und Heiko Hilker zu einem Wettbewerb „Wer hat den längsten Schulweg?“ aufgerufen. Bis zum 7. Oktober können Schüler unter dem Stichwort „Schulweg“ ihren Schulweg – Wohnort, Name und Ort der Schule, Zeit von der Haustür bis zur Schulpforte – an linksfraktion@stl.sachsen.de mailen. Den Teilnehmern winken Preise. Für den längsten Weg gibt es eine Schulbus-Jahreskarte.

amt24.sachsen.de

LN. Sachsen bietet unter der obigen Adresse einen neuen Internet-Ratgeber an. Er soll Bürgern und Unternehmen den Kontakt mit sächsischen Behörden erleichtern. Für Verwaltungsvorgänge rund um Geburt, Heirat, Fahrzeug, Personalausweis/Reisepass, Sterbefall, Umzug, Unternehmensgründung und Außenhandel sind 166 kommunale und landesbezogene Behördenabläufe abrufbar. Angeboten werden rund 200 Online-Formulare und Daten zu etwa 4000 Behörden.

6. September

Dresden. Ministerpräsident Milbradt wirft der Linkspartei vor, ein sozial ausgeglichenes und nicht finanzierbares Steuerkonzept vorgelegt zu haben. Der Wahlkampfleiter der Partei, Bodo Ramelow, widerspricht den unbegründeten Anwürfen (siehe auch oben).

Dresden/Nürnberg. Das Sozialgericht Dresden weist in einem Urteil nach, dass die Bundesagentur für Arbeit die Arbeitslosengeld-Bescheide zum 1. Januar 2005 aufgrund von Rundungsfehlern zu Lasten der Empfänger falsch berechnet hat. **Dresden.** Der NPD-Landtagsabgeordnete Leichsenring, Inhaber mehrerer Fahrschulen, missbraucht offenbar – wie der SPD-Abgeordnete Brangs feststellt – das Recht der Kleinen Anfrage, um Marktinformationen für sein eigenes Unternehmen zu erlangen.

7. September

Dresden. Auf einer Sondersitzung des Landtags verteidigt Justizminister Mackenroth trotz Kritik aus allen Fraktionen die Ausforschung von Telefon-Kontakten eines Journalisten, die die Presse-

SACHSEN-CHRONIK

6. bis 19. September

freiheit verletzte (siehe oben).

8. September

Dresden. Nach dem Tod einer Bundestags-Direktkandidatin der NPD wird die Abstimmung im Wahlkreis 160 um zwei Wochen verschoben.

Leipzig. Der MDR erwägt, seinen ehemaligen Sportchef Mohren auf Schadenersatz zu verklagen, da er mit seiner Bestechlichkeit dem Sender schwer geschadet habe. Inzwischen ermittelt die Antikorruptionseinheit der Staatsanwaltschaft auch wegen Untreue im Amt.

10. September

Mehltheuer. Nahe Riesa veranstaltet die NPD mit 600 Teilnehmern ihren Bundeswahlkongress in einer Atmosphäre, die durch die Verehrung von Nazi-Größen sowie rechtsradikale Losungen und Symbole geprägt ist. 200 Demonstran-

ten, darunter Bürgermeister und Gemeinderäte, versammeln sich zum Protest.

14. September

Dresden / Brüssel. Die EU hat der von der Landesregierung beantragten Umwidmung von 156 Millionen Euro Fördermitteln aus dem europäischen Sozialfonds zugestimmt. Sie waren ursprünglich für die Aus- und Weiterbildung gedacht und sollen nun für Investitionen eingesetzt werden. Der DGB Sachsen kritisierte die Umwidmung.

Leipzig. Der neue USA-Generalkonsul für Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen, Mark D. Scheland, tritt sein Amt an. **Dresden.** Die NPD nominiert den früheren Chef der Republikaner, Franz Schönhuber, anstelle der verstorbenen Kerstin Lorenz als Kandidaten für den Bundestag.

16. September

Wermsdorf. Eine Abstimmung im Gemeinderat über die Einleitung eines Abwahlverfahrens gegen den wegen betrügerischer Finanzgeschäfte suspendierten Bürgermeister Bernd-Dieter Lehmann findet mit 13:5 Stimmen nicht die nötige Zweidrittel-Mehrheit.

17. September

Leipzig. Wie Post-Chef Klaus Zumwinkel mitteilt, gibt es bis jetzt 21000 Bewerber für die versprochenen rund 10 000 Arbeitsplätze bei DHL.

18. September

Machern. Entsprechend einer fraktionsübergreifenden Aufforderung von Mitgliedern des Gemeinderates haben die Bürger des Ortes mit deutlicher Mehrheit den suspendierten Bürgermeister Ralf Ziermeier, gegen den ein Prozess wegen schwerer Untreue läuft, abgewählt.

19. September

Leipzig. Die sächsische Lotto-Gesellschaft startet das bereits in anderen Bundesländern eingeführte Gewinnspiel Kenno, das auf variablem Einsatz und festen Gewinnquoten beruht.

Klammheimliches um den Flughafen in Schkeuditz:

Zentrum für NATO- und EU-Aggressionskriege

Als im Frühjahr dieses Jahres offiziell der Ausbau des Schkeuditzer Flughafens verkündet wurde (also der Neubau der Landebahn Süd sowie die Erschließung eines 35 Hektar großen Frachtfeldes für Ansiedlung des weltweit größten Logistik-Unternehmens DHL), war von keiner weiteren Nutzung die Rede. Die Landesregierung stellte öffentliche Mittel zur Verfügung und

Von **HELMUT ULRICH**

versprach die Entstehung einer größeren Anzahl von Arbeitsplätzen – was, notabene, gleichzeitig als Totschlagargument gegen jedweden Einspruch der Bürger angesichts der unzumutbaren Lärmbelastung herhalten musste. Nach der Bewilligung der öffentlichen Gelder (275 Millionen Euro) wurde erklärt, dass die Erweiterung des Frachtfeldes auch „anderen“ Investoren Standortchancen biete; eine mögliche militärische Nutzung wurde nicht erwähnt.

Ein Schelm, wer Arges dabei denkt ...

Tatsache ist jedoch, dass die Lufttransport-Planungen des Bundesverteidigungsministeriums bereits im November 2000 begannen. Entsprechend der neuen Aufgabenstellung nach dem Überfall auf Jugoslawien sollen die EU-Truppen weltweit interventionsfähig werden. Dazu gehört auch der Transport schwerer Waffen über große Entfernungen in die jeweiligen Einsatzgebiete. SPD-Minister Struck bestätigte im Februar 2003 auf der 39. Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik, dass die Bundeswehr „Defizite beim strategischen Lufttransport überbrücken“ und „eine multinationale Lufttransportfähigkeit“ für westliche Interventionstruppen unter dem Na-



Der Großraumtransporter AN 124-100 ist derzeit weltweit das größte und leistungsfähigste Transportflugzeug, das auch in schwierigem Gelände landen kann. Auf dem Flughafen Leipzig/Halle sollen ab Oktober 2006 sechs Maschinen stationiert werden, um die aggressiven Auslandseinsätze von NATO- bzw. EU-Truppen zu sichern.

men „NATO Response Force“ (NRF) bilden werde. Damit sollen 21 000 Mann der „besten und modernsten Boden-, Luft- und Seestreitkräfte für intensive Kampfhandlungen“ innerhalb von fünf Tagen an jeden beliebigen Punkt der Erde transportiert werden. Bereits neun Monate später, im November 2003, wurde die Plangenehmigung für Baurecht auf 35 Hektar an der südlichen Landebahn des Flughafens Leipzig/Halle für „Ge-

werbeansiedlungen“ erteilt – an DHL war zu diesem Zeitpunkt noch nicht zu denken. Einige Monate später gründete sich in Leipzig die „Ruslan Salis GmbH“ zur „Erfüllung eines Vorhaltechartervertrags mit der NATO“ (Handelsregisterauszug Leipzig Nr. 20 949 vom 15. 9. 2004).

Mit diesem Chartervertrag stellen zwei russisch-ukrainische Betreiber sechs Großraumtransportflugzeuge AN 124-100

für rund eine Milliarde Euro zur Verfügung. Mit ihren technischen Parametern – Reichweite 4500 km, Nutzlast 120 Tonnen, Landerollstrecke 800 Meter, Bodendruck 1 kp/cm² – sind diese Maschinen unabhängig von gut ausgebauten Flughäfen und damit für die von der EU favorisierten Einsatzziele in Afrika und im vorderen Orient bestens geeignet.

Mit der Installation dieser Nachschubbasis der NATO wird der

November 2000: Planungsbeginn des Bundesverteidigungsministeriums für ein Logistik-Zentrum zum Lufttransport von NATO-Truppen und schwerem Kriegsmaterial

Februar 2003: Beschluss zur Bildung der „NATO Response Force“ (NRF) zum Lufttransport von NATO-Interventionstruppen

November 2003: Plangenehmigung für Baurecht auf 35 Hektar für „Gewerbeansiedlungen“ auf dem Flughafen Leipzig/Halle

September 2004: Gründung der „Ruslan Salis GmbH“ in Leipzig zwecks „Erfüllung eines Vorhaltechartervertrags mit der NATO“.

Frühjahr 2005: Vertrag mit DHL zum Ausbau eines Frachtzentrums.

Oktober 2006: Sechs Großraumtransporter AN 124-100 sollen zum Transport von NATO-Kriegsmaterial einsatzbereit sein.

Soll die Region Leipzig/Halle zu einem potenziellen Magneten für terroristische Anschläge werden?

Flughafen Leipzig/Halle zum bedeutendsten Umschlagplatz für schweres Kriegsgerät in Europa. Unter Berücksichtigung der potenziellen Einsatzziele ist damit zu rechnen, dass die Region zu einem Schwerpunkt für terroristische Anschläge wird.

Viele Teilnehmer der gewaltigen Montagsdemonstrationen gegen den verbrecherischen Irak-Krieg werden sich an die hoch oben über Leipzig Richtung Dresden und weiter gen Osten fliegenden schweren Maschinen erinnern, denen die Schröder-Regierung die Überflugrechte erteilte. Selbst ein für Radar unsichtbarer Stealth-Bomber wurde tieffliegend über Schkeuditz ausgemacht. Auf LN-Anfrage bestätigte der dortige Pressesprecher die ungläubliche Beobachtung. – Dies nur zur Erinnerung, was ein Kanzlerversprechen wert ist, nicht an diesem NATO-Krieg teilnehmen zu wollen.

Atombomben von Leipzig aus?

Die Verantwortlichen für das jetzt in Schkeuditz anlaufende Vorhaben – sowohl in Berlin als auch in Moskau – setzen sich ganz bewusst über Bestimmungen des Zwei-plus-vier-Vertrages von 1990 hinweg, nach dem „ausländische Streitkräfte sowie deren Dienstleistungen“ im Beitrittsgebiet weder stationiert noch dorthin verlegt werden dürfen (Art. 5 (3)). Des Weiteren wird die verbindliche Vereinbarung des Vertrages, Atomwaffen oder deren Träger nicht nach Ostdeutschland zu verbringen, dadurch verletzt, dass sich die NATO Response Force die Transportverfügung über chemische, biologische, radiologische und nukleare Einsatzmittel ausdrücklich vorbehält.

Madrid und London lassen grüßen! Mit Krieg oder Kriegsvorbereitungen lassen sich weder Terroristen beeindrucken, noch lässt sich damit Terror verhindern.

Der Oberlichtsaal der Leipziger Stadtbibliothek (Wilhelm-Leuschner-Platz 10) ist zwar ein großer Ausstellungsraum, aber am 1. September 2005 ging es zur Vernissage BRÜCKENSCHLAG eng zu. Die Künstler kommen aus den unterschiedlichsten Regionen der ehemaligen Sowjetunion – Russland, Ukraine, Kasachstan, Moldawien –, insgesamt 15 Teilnehmer mit 30 Werken. Sie repräsentieren die unterschiedlichsten Schulen und Richtungen osteuropäischer Kunst. Das Konzept der Sammlung ist ziemlich einmalig, zumindest für Leipzig. Der Slawist Professor Erhard Hexelschneider versammelte die Maler und Grafiker für eine Ausstellung aller russischsprachigen Künstler, die in Leipzig ihre neue Heimat gefunden haben. Die Aktion sollte nicht nur den Künstlern eine Chance geben, ihre Werke zu veröffentlichen, sondern auch die Aufmerksamkeit und Kauflust der deutschen Kunstliebhaber wecken.

Brückenschlag der künstlerischen Art

Die Gruppe der Künstler ist alles andere als homogen: Die künstlerische Erfahrung, der Grad der Integration und sogar Prosaisches wie Vorhandensein eines Ateliers sind völlig unterschiedlich. Gerade das macht die Ausstellung so anziehend – sei es das Stilleben von Anatolij Lobanov oder die Grafik von Michail Epshteyn (*Skizzen aus der U-Bahn*), die mit Kohlestifttechnik lakonisch dargestellte Menschengruppen von Jakob Kerzhner oder die akademischen Aquarelle von Boris Sachakov. Im Bild *Schloss Gundolf* von Ivan Kavtea erkennt der Zuschauer die male-riche Gegend von Sachsen, in den transparenten Aquarel-

len von Juri Blagoweschenski die Halbtöne der melancholischen nördlichen Natur.

Andere Werke beziehen sich auf aktuelle Fragen der gegenwärtigen Existenz der Künstler: stark das jüdische Thema im Bild von Maysey Faynberg (*An der Klage-mauer*) oder Fragen der Religion im filigranen Werk von Jakob Khesin (*Stein*). Im Mittelpunkt steht jedoch die Problematik des Menschen und seines Verhältnisses zur Kunst. Das monumentale Gemälde von Ivan Kavtea *Mythos und Realität*, die Gestaltungstechnik von Elena Inosemtzewa in ihren Buchillustrationen und die Plastiken von Juri Platon regen das Publikum an zu den ewigen Diskussionen über Kunst und Schönheit.

Man hat ein Mosaik von Kunstwerken vor Augen, das ein Bild der gegenwärtigen Kunstsituation in Osteuropa gibt. Die Ausstellung ist noch bis zum 28. September – 10 bis 19 Uhr – geöffnet.

• **LARISSA GAENKO**

Horst Schneider ist Historiker im Rang eines Professors und genießt auch bei politisch Andersdenkenden Ansehen. Er hat Berge von Dokumenten zum Thema „Gedenkstätten“ im Allgemeinen und nun zu Hohenschönhausen im Besonderen erforscht und analysiert.

Ich, Klaus Huhn, bin von Hause aus Sportjournalist und zudem Autor von Büchern zu verschiedenen Sachthemen, die sich in ihrer Gesamtaussage der Zwei-Millionen-Grenze nähern ...

An die Seite Professor Schneiders geriet ich, als der ein von mir verlegtes und viel Staub aufwirbelndes Gedenkstätten-Nachschlagewerk um das Thema „Hohenschönhausen“ zu erweitern empfahl. Womit ich nie gerechnet hatte: Die Zusage, daran mitzuwirken, trug mir Aufsehen ein, mit dem ich in meinem Alter (unweit der achtzig) nie mehr gerechnet hatte. Ich sah mich eines Julimorgens 2005 riesengroß auf einem Bild in der

... Karl-Heinz Reuter, der nach eigenen Angaben 1945 wegen Werwolf-Verdachts inhaftiert war, will aus der Erinnerung mit Skizzen damals existierende Folterzellen beweisen. Er ließ sich einen Stempel schneiden, der das Datum des 28. Mai 1990 (!) trägt. Mit dem „siegelte“ er seine Handzeichnung und dieses „Dokument“ wird in Hohenschönhausen allen Ernstes als „Beweis“ dafür betrachtet, dass es diese Zelle gab.

„BZ“, die von sich behauptet, „Berlins größte Zeitung“ zu sein. Zwar war ich auf dem Bild nur mühsam zu erkennen, aber das lag daran, dass es mit versteckter Kamera – die gesetzlich vorgeschriebene „BZ“-Hinweiszeile lautete dubios: „Foto: Privat“ – aufgenommen worden war und damit die Geheimdienstumwelt der Situation nachdrücklich bekräftigte.

Der Reihe nach. Ich hatte mich als ins Auge gefasster Verleger dieses Taschenbuchs zusammen mit MfS-Ex-Obriegen zu einer Führung durch die „Gedenkstätte Hohenschönhausen“ an deren Pforten eingefunden. Einige aus der Gruppe waren von der Gedenkstättenbelegschaft erkannt, aber natürlich nicht begrüßt worden. Über Handys wurden die „Privat“-Fotografen alarmiert, vermutlich sogar im Hintergrund eine Krisensitzung abgehalten, denn der Beginn unserer Führung, für die wir den ausgeschilderten Eintrittspreis – inklusive Rentnerermäßigung – entrichtet hatten, verzögerte sich „durch den Ausfall eines Führers“ um zwölf Minuten.

Zwanzig Tage lang wurde dann wohl hinter den Kulissen gegrübelt, welche Folgen dieser Besuch zeitigen könnte, weitere neun vergingen, ehe man sich zu einer „Breitseite“ entschloss: Die „BZ“ erschien mit der ganzseitigen Fett-Schlagzeile: „Stasi-Schande!“ und jenem schon erwähnten Gruppenbild mit mir, dem einst um Haaresbreite vom BND Angeworbenen. In meiner Hand konnte man sogar ein nicht sehr billiges Tonbandgerät erkennen, was immerhin den Beweis dafür liefern kann, dass ich jedes Wort der Führung mitschnitt. (Wenn die „BZ“ den Gedenkstättenklärer Röllig mit den Worten „Während des Rundgangs kamen von den Männern viele negative Kommentare. Sie runzelten die Stirn, rümpften verächtlich die Nasen und tuschelten untereinander“ zitierte,

„Darfst Du dem Ochsen, der da drischt, das Maul verbinden?“

(5. BUCH MOSE 25.4)

Über die Wirkung von Gruselzellen, die nach 1990 erfunden und in Hohenschönhausen eingebaut wurden

muss das schlicht als Erfindung bezeichnet werden, denn kein Wort der Führung überraschte uns.)

Hier der aufgezeichnete O-Ton des Mario Röllig: „Die Aufständischen des 17. Juni schilderten uns, dass sie sich nach wenigen Tagen manchmal nicht mehr unterhalten konnten, ... nicht weil sie nicht durften, sondern weil der Sauerstoff langsam knapp wurde. Es war so, dass nach anderthalb, zwei Wochen bei vielen die Kleider und die Haare schmolzen, weil die Luftfeuchtigkeit in einer Zelle gerade im Winter durch das feuchte Mauerwerk und durch das Atmen so vieler Menschen in einer Zelle unerträglich wurde. ... Gefangene haben berichtet: Gab es einen unter ihnen, der die Nerven blank hatte, der einfach sterben wollte, der wurde durch die Wärter rausgeholt, mit Spritzen ruhig gestellt und dann gefesselt wieder in so eine Zelle zurückgebracht. ... In den ersten Jahren ... war es so, dass Gefangene eigene Kleidungsstücke zerreißen und als Toilettenpapier benutzen mussten. ... Ein Häftling, der im Dezember '88 in dieser Zelle war, berichtete, dass es so kalt war, dass er nach ein paar Tagen das Eis von der Wand schaben musste. ... Wir wissen zum Beispiel auch von Untersuchungsgefangenen, die Erich Mielke als Vernehmer hatten, der hat mehr geschlagen als verhört. ... Gefangene wurden im Winter in den kalten Zellen gefoltert, die auch mit einem Wasserschok geflutet wurden, ... von außen konnte reguliert werden, ob das Wasser anstieg oder abfloss. ... Hier wurde ... eine sogenannte ... Wasserfolter eingebaut ..., ein Gestell aus Holzbalken, an das der Gefangene in gebeugter Haltung gebunden wurde. Aus einer oberen Schüssel traf ihn ein Wassertropfen. Nach einer Zeit, also Stunden, wirkte der Tropfen wie ein Hammer, wie ein Ziegelstein. ... Der Gefangene verliert das Bewusstsein. ... möchte ich noch sagen, dass wir bis heute keinen Zeitzeugen gefunden haben, der daran gefoltert wurde. ... Vielleicht, werten sie das als meine persönliche Meinung, hat man diese martialische Folter nicht überlebt. ... Wenn wir über die Amerikaner in Guantanamo reden ..., müssen wir auch über die Dinge in China reden ... und über die Türkei ... möchte ich hier auch mal meine eigene Meinung sagen, dass die Türkei

nicht in die EU aufgenommen werden sollte.“

Die Versuche, die Türkei in die EU aufzunehmen, wurden allerdings – das räume ich ein – nicht der „Stasi“ angelastet. Jedenfalls schlug ich nach diesem Rundgang in Anlehnung an den Gedenkstättenleiter Knabe dem Professor Schneider als Titel für unsere Arbeit vor: „Das Gruselkabinett des Dr. Hubertus Knabe(lari)“. Zugegeben: Der 1997 von dem Schauspieler Friedrich von Thun als Filmfigur erfundene Professor Capellari hat nichts aufzuweisen, was sich mit unserem Anliegen in Verbindung bringen ließe. Thun könnte deswegen sogar mit übler Nachrede drohen, aber ich führe ins Feld: Auch die Gedenkstättenlegende von Hohenschönhausen hat so wenig mit der Wahrheit zu tun wie der Münchener Amateurkriminologe mit den Realitäten des von ihm gern frequentierten Starnberger Sees!

Das müsste bewiesen werden? Professor Schneider tut es mit seinen Dokumenten überzeugend und die Zitate von Mario Röllig erhärten die Behauptung hinlänglich.

Bleibe noch die Verwendung der Vokabel „Gruselkabinett“ ...

Das „offizielle“ Berliner Gruselkabinett ist in einem alten Bunker am Anhalter Bahnhof zu finden. Die Gesellschaft, die es betreibt, führt im Firmennamen den Begriff „Entertainment“, also „Unterhaltung“. Der Werbetext lautet: „Ein Spaziergang des Schreckens mit Action, unheimlich lebendigen Szenen, gruseliges Labyrinth, duster, miefig ...“ Ein Schüler der Heinrich-Böll-Oberschule in Berlin-Spandau schrieb am 3. Juni 2005 nach dem Besuch dort: „Man sollte wirklich nur hingehen, wenn man starke Nerven hat ...“

Gleiches gilt für das Gruselkabinett in Hohenschönhausen, das sich von dem am Anhalter Bahnhof jedoch dadurch unterscheidet, dass es sich nicht als „Gruselkabinett“ mit dem Ziel der „Unterhaltung“ empfiehlt, sondern als angebliches Original-Rudiment aus DDR-Zeiten gezeigt wird. Hier wird Delegitimierung der DDR pur geboten und nebenbei ein wenig marktwirtschaftlich genutzt: Tourismusunternehmen oder ihre Kunden kassieren „Fördermittel“, wenn sie die

„Gedenkstätte“ ins Programm der Berlin-Besuche aufnehmen. Die Folge: Fröhlich morgens parken die ersten Reisebusse ein. Für 2004 wurden 128 000 Besucher angegeben, darunter mehr als 55 000 junge Leute, davon etwa 40 000 Schüler. Ich las den Bericht einer Abiturklasse aus Berchtesgaden ..., die von dem Rundgang durch das „Gruselkabinett des Dr. Hubertus Knabe(lari)“ schockiert war und die DDR bis an ihr Lebensende nach diesem Erlebnis als „Unrechtsstaat“ ausgeben wird. (Tenor: „Ich habe die Folterzellen gesehen ...“)

Die Mitarbeiter der Ständigen Vertretung der BRD beantragten von 1974 bis 1989 insgesamt 3400 Besuche bei inhaftierten Beschuldigten. Alle Anträge wurden genehmigt. Es gibt keine Aufzeichnungen über Beanstandungen in dieser Zeit. Auch von den rund 32 000 Inhaftierten, die auf der Grundlage der getroffenen Vereinbarungen in die BRD entlassen wurden ..., sind keine erwähnenswerten Beschwerden in dieser Richtung bekannt geworden. Dass solche Vorwürfe als „Beweise“ für die „unmenschliche“ Haltung der DDR schon vor 1990 für die konstante antikommunistische Hetze genutzt worden wären, liegt auf der Hand.

Die Wahrheit ist: Von 1945 bis 1951 unterstand die Haftanstalt in Hohenschönhausen dem Kreml. Fragen, Vorwürfe oder Anklagen zu diesem Zeitraum wären also an den im Kreml residierenden Herrn Putin zu richten, von dem man weiß, dass er beim sowjetischen Geheimdienst tätig war und dort auch perfekt Deutsch sprechen lernte. Die „Gestalter“ der Gedenkstätte aber hatten nichts mit beweisbarer Geschichte im Sinn und „transferierten“ die „rekonstruierten“ Uraltanlagen schlankweg in die MfS-Ära. ... Es ist hinlänglich bekannt, dass der Rechtsstaat BRD nach 1990 – assistiert von der „Zentralen Erfassungsstelle für DDR-Unrecht“ in Salzgitter, die über Jahrzehnte auch ehemalige Häftlinge befragt hatte – alle Vorwürfe gegen DDR-Strafvollzugsbeamte juristisch verfolgte. Nirgendwo in der „Gedenkstätte“ sind indes die Ablichtungen rechtskräftiger diesbezüglicher Urteile einzusehen – es gab keine! ...

Der Berliner Senat, der jeden Morgen bei Banken Kredite aufnimmt, um die am Abend fälligen Schuldzinsen begleichen zu können, fand in seinen leeren Kassen immerhin 19 Millionen Euro für die weitere Ausstattung Hohenschönhausens. Aber das alles belegt Professor Schneider viel überzeugender ...

• KLAUS HUHN

(Gekürzt aus seinem Vorwort zu dem Buch von Horst Schneider: *Das Gruselkabinett des Dr. Hubertus Knabe(lari)*. SPOTLESS-Verlag Berlin 2005, SPOTLESS-Reihe Nr. 179, 5,10 Euro

Zitate in Kästen aus Schneiders Buch

Oberstleutnant a. D. Diplom-Jurist Herbert Kierstein, der als Mitarbeiter der Hauptabteilung Untersuchung in Hohenschönhausen gearbeitet hatte:

„Zu der Zeit meiner Tätigkeit in der HA IX/1 befanden sich in dem besagten Kellergeschoss eine Großküche und zugehörige Lagerräume. Die dienten der Versorgung des Mitarbeiterbestandes Hauptabteilung IX und der Abteilung XIV. Als wir unter Führung von Herrn Rührdants dieses Kellergeschoss (in Reklamematerialien der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen als „U-Boot“ bezeichnet) betreten, hatte ich das Empfinden, in einem falschen Film zu sein. Alles umgebaut und zu einem Gruselkabinett mit mittelalterlich wirkenden Folterzellen umfunktioniert!

Nach Ausführungen von Herrn Rührdants erfolgte der Umbau auf der Basis von Bekundungen eines Karl-Heinz Reuter, welcher 1947 als Jugendlicher durch das NKWD / KGB wegen Werwolf-tätigkeit (Terror gegen Einrichtungen oder Angehörige der sowjetischen Besatzungsmacht – Anm. d. A.) inhaftiert wurde. Herr Reuter ist offensichtlich die einzige Person von angeblich mehreren zehntausend in der Zeit von 1945 bis 1951 in Hohenschönhausen Inhaftierten, auf die für die Gestaltung des Gruselkabinetts zurückgegriffen wurde. Für jeden Historiker wäre ein solches Vorgehen suspekt.“

Ins Leipziger Stadtzentrum hatten für zwei Tage die Rosa-Luxemburg-Stiftung sowie das Kommunalpolitische Forum Sachsen geladen. Der Tagungsort, das Zeitgeschichtliche Forum, zufälligerweise nur einen Steinwurf entfernt von den Straßen, auf denen sich die Truppen um Christian Worch schon 13 Mal zusammenrotteten. Der eine Termin hat mit den anderen vordergründig nichts zu tun, aber es zeigte sich während der anregenden Debatte, die einerseits wissenschaftlich aufbereitet, andererseits auch sehr emotional geführt wurde: Vergangenheit und Gegenwart berühren und durchdringen sich ohne Zweifel immer wieder bei der Tagungsthematik „Die Wähler der extremen Rechten, die DDR und die neuen Bundesländer“.

Alles Einbildung?

„Zunächst wird oft behauptet, bei uns gibt es so etwas nicht.“ Auf diese Erfahrung machten u. a. Friedeman Affolderbach aus Wurzen und Gert Wiegel aus Gotha aufmerksam. Die beiden jungen Männer setzten sich sehr engagiert seit längerem in ihren Regionen mit einer Szene auseinander, die mal verbal, mal radikal auftritt und mit Begriffen wie Neonazis, Rechtsextreme, Rechte, Rechtsradikale titulierte wird. „Das sind nicht alles Irreführte, sondern dahinter stecken Strukturen und Ziele, die mitunter bis in die Mitte dieser Gesellschaft reichen.“

Seit 2004 ist beispielsweise der rechtsextremistische Versandhandel *Front Records* in Wurzen ansässig. Er gilt als

„Das sind keine Irregeleiteten“

Streiflichter einer Konferenz

fünftgrößter dieser Art in der BRD. Im Juni dieses Jahres durchsuchte die SOKO REX das Gebäude. Sie beschlagnahmte 89 CD und 192 Booklets mit Hakenkreuz-Abbildungen. Die Staatsanwaltschaft ermittelt. Der junge Streetworker

aus Gotha hofft übrigens, dass seine befristete Beratungsstelle gegen rechtsextremistische Aktivitäten von einer neuen Bundesregierung nicht gestrichen wird.

Enkel und Opa in der DDR:

„Der Enkel kommt fragend aus dem Geschichtsunterricht und der Opa berichtet über das Soldatsein im zweiten Weltkrieg.“ Auf dabei konträre Sichten und Welten verwies Dr. Norbert Madloch. Auch auf die Tatsache, dass beispielsweise unerfahrene Geschichtslehrer überfordert waren, als DDR-Schüler zwar die Einschätzung zu Adolf Hitler teilen, aber mehr über die Brüder Strasser wissen wollten. Übrigens: Alle in der DDR verurteilten Neo-Nazis galten 1990 als sogenannte Systemopfer.

Wahlverhalten in Leipzig

„Die Wahlanalysen der Stadt bestätigten nicht die gängige Meinung, dass es prozentuale Zusammenhänge zwischen Ausländer-

anteil und NPD-Sympathisanten in den einzelnen Wohngebieten gäbe.“ Stadtratsmitglied Dr. Adelaide Grützner verwies aber auf Parallelen zwischen sozialer Benachteiligung und rechtsextremem Wahlverhalten.

Bündnisschwierigkeiten

„Ich bin zwar kein Antifaschist, aber dafür Humanist und Demokrat.“ Am Ende der Tagung brachte Dr. Dieter Chitralla vom Bund der Antifaschisten mit dieser selbst erlebten Aussage ein weiteres sensibles Kapitel zur Sprache. Und: Die Formulierung „Bündnis gegen Rechts“ sei ungenau, träfe sie doch auch die Bürgerlichen im Parlament. Dr. Klaus Kinner von der Rosa-Luxemburg-Stiftung machte darauf aufmerksam, „dass der historische Begriff Antifaschismus nicht in die linke Ecke gedrängt werden dürfe, sondern im breitesten Sinne gesellschaftsfähig bleiben muss“.

PS.: Der Direktor des Instituts für Jugendforschung, Prof. Dr. Walter Friedrich, veröffentlichte schon 2002 bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung eine unfängliche Untersuchung „Rechtsextremismus im Osten – Ein Ergebnis der DDR-Sozialisation?“ (siehe Foto).

Außerdem bereiten derzeit die Stiftung und das Kommunalpolitische Forum Sachsen die Veröffentlichung aller Diskussionsbeiträge der Konferenz vor.

Nachfragen lohnt!

• mizo



Nunmehr am 1. Oktober 2005 will der Hamburger Neonazi Führer Christian Worch zum 14. Mal seit 1998 mit seinen Spießgesellen die Straßen unserer Stadt unsicher machen. Wieder ist der alternative Stadtteil Connewitz das Ziel seines rechtsextremistischen Aufmarsches, der dadurch wiederum einen besonders provokativen Charakter erhält. Angesichts dieser Konstellation fordern wir die Stadtverwaltung auf, diese drohende neonazistische Zusammenrottung zu verbieten.

Da die Linkspartei.PDS um die derzeitigen juristischen Hürden für ein Verbot von rechtsextremistischen Demonstrationen durchaus weiß, treten wir auf Landes- wie auch auf Bundesebene nicht nur für entsprechende gesetzliche Regelungen ein, sondern befördern sie auch, wie z.B. durch den Gesetzentwurf der PDS-Land-

13 braune Provokationen sind genug

Linkspartei fordert Verbot des nächsten Worch-Aufmarsches

tagsfraktion vom 12. April 2005 zur Einführung eines weiteren Staatszieles in die Verfassung des Freistaates Sachsen (Artikel 12a, „Antifaschistische Klausel“).

Ungeachtet des Handels der Stadtverwaltung wird die Leipziger Linkspartei.PDS den friedlichen Protest gegen den Naziaufmarsch aktiv unterstützen und sich mit vielen Bündnispartnern

daran beteiligen, dass, Worch und Konsorten am 1. Oktober nicht nach Connewitz gelangen. In diesem Zusammenhang fordern wir die Polizeiführung auf, ihre Einsatzkonzeption endlich auf Deeskalation und Sicherheitspartnerschaft mit den antifaschistischen Gegendemonstranten auszurichten. Nicht zuletzt im übrigen deshalb, weil die bisherigen 13 teilweise völlig überdimensionierten Polizeieinsätze zum Schutz der Neonazis weit über 10 Millionen EURO aus Steuergeldern gekostet haben und damit auch fiskalisch eine unerträgliche Belastung der Öffentlichkeit darstellen.

Dr. Volker Külow
Vorsitzender des Stadtverbandes Leipzig der Linkspartei.PDS

Heimatschutz

Film im Kontext Faschismus in Leipzigs Cinematheque

Die Kulturoffiziere der Besatzungsmächte gingen 1945 mit der Hinterlassenschaft der Nazi-Filmindustrie streng ins Gericht. Sie erließen u. a. Berufsverbote für Schauspieler und Regisseure, so für Veit Harlan, Wolfgang Liebeneiner, Leni Riefenstahl, Ferdinand Marian, Ilse Werner, Marika Röck, Heinz Rühmann. Schon diese unvollständige und damit zugegebenermaßen etwas willkürliche Namensliste belegt, dass sich die Verhältnisse in dieser Hinsicht relativ schnell wieder änderten.

Sehr viele UFA-Schauspieler fassten im BRD-Nachkriegsfilm rasch wieder Fuß. Bei prominenten NSDAP-Regisseuren gab es vielbachtete Prozesse, wobei die

erneute Zulassung des Regisseurs Veit Harlan („Jud Süß“) für zahlreiche Irritationen und Proteste im In- und Aus-land sorgte.

Der Umgang mit den Propaganda-Spielfilmen war rigoros: *Jud Süß*, *Die Rothschilds*, *Ich klage an*, *Ohm Krüger*, *Triumph des Willens*, *Der ewige Jude* – um nur einige zu nennen – sind noch immer für Kino und Fernsehen gesperrt und dürfen nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen aufgeführt werden.

Es ist übrigens ein unter Kulturwissenschaftlern und Historikern noch immer kontrovers diskutierter Fall, dass zwischen 1958 und 1965 das DDR-Fernsehen montags in seiner Reihe „Für den

Filmfreund ausgewählt“ fast alle UFA-Unterhaltungsfilm und deren Darsteller (lange vor dem heutigen Feuerzangenbowlen-Kult) einem Millionenpublikum wieder zugänglich machte und dessen Geschmack mitunter verdarb.

Historisch genauer und somit auch unbequemer für das Publikum konzipiert die Cinematheque Leipzig seit Ende Mai 2005 eine siebenmonatige Reihe, die im „Kontrast steht zum üblichen Erinnern und dem *Damals war's* -Effekt“. Sie setzt da ein, „wo sich die Banalität scheinbar unscheinbarer Ideologie zu Horrorszenerien verdichtet“.

HEIMATSCHUTZ zeigt in sehr überlegt ausgewählten Filmen – die meisten zwi-

schen 1935 und 1955 entstanden – ideologische und ästhetische Spuren, die sich später ins Mörderische steigerten, reflektiert auch entstandene Gegenbewegungen.

Darunter sind Index-Produktionen wie *Ich klage an* (1941) oder *Kolberg* (1945), die hier in sensibel konzipierten Doppelprogrammen berühmten antifaschistischen Arbeiten wie *Nacht und Nebel* (1955) oder *Rom – Offene Stadt* (1945) gegenübergestellt werden.

Die Programmgestalter der Cinematheque um Sven Wörner beobachteten bisher ein interessiertes Publikum ... quer durch alle Jahrgänge.

• MICHAEL ZOCK

Mit seinem ersten Anrechtskonzert bekannte sich der neue Gewandhauskapellmeister Riccardo Chailly zu einem anderen großen Meister der Tradition seines Orchesters: zu Anton Bruckner. Zugleich ehrte er damit seinen großen Vorgänger, den vor 150 Jahren geborenen Arthur Nikisch, der seit der denkwürdigen Uraufführung der siebenten Sinfonie im damaligen Opernhaus diese Tradition eingeleitet hat. Dazu wählte er Nikischs Programmfolge von 1919 aus. Der Gewandhausorganist Michael

Von **WERNER WOLF**

Schönheit spielte feinsinnig die sechste Orgelsonate von Felix Mendelssohn Bartholdy. Die vom Thomaskantor Georg Christoph Biller zu Beginn des neuen Schuljahres bereits bestens vorbereiteten und souverän geleiteten Thomaner sangen die auch heute noch beeindruckenden sechs Chöre nach Angelus Silesius von Arnold Mendelssohn, einem Vetter zweiten Grades von Felix. So konnte sich Riccardo Chailly ganz auf die Sinfonie mit ihren konfliktreichen Entwicklungen und Umbrüchen konzentrieren. Energisch und doch mit innerer Ruhe, ohne heute modisch gewordene „Straffung“ der Tempi formte er die vier spannungsgeladenen Sätze aus. Wenige Tage danach eröffnete Fabio Luisi im „Zauber der Musik“ die Konzertsaison des MDR-Sinfonieorchesters und des Rundfunkchores mit Franz Schuberts vierter Sinfonie und Ludwig van Beethovens Messe C-Dur. Die Sinfonie erklang akkurat, doch ohne zündenden Funken. Dagegen nahm bei der Messe schon das zart beginnende Kyrie ge-

Chailly mit glanzvollem Bruckner

und eine Fülle anderer Ereignisse

fangen. Howard Arman hatte den Chor wie immer ausgezeichnet vorbereitet.

Kurz darauf folgte Johann Sebastian Bachs Messe h-Moll in einer Aufführung des Festivalensembles der Internationalen Bachakademie Stuttgart unter Leitung Helmuth Rillings in der Thomaskirche. Der Dirigent vermittelte den jungen Sängern und Instrumentalisten aus verschiedensten Ländern nicht bloß die Erkenntnisse der historischen Aufführungspraxis, sondern führte sie auch zur Beherrschung aller Schwierigkeiten. Das verleitete in manchen Teilen allerdings zu einer ins Äußerliche geratenden Virtuosität.

Zum musikalischen September gehört seit einigen Jahren die Festwoche im Schumann-Haus und in der Schönefelder Kirche, in der Robert und Clara am 12. September 1840 getraut wurden. Der Rundfunkchor wartete als Mitglied des Robert-und-Clara-Schumann-Vereins in der Schönefelder Kirche unter Leitung seines Dirigenten Howard Arman mit einem stimmungsstarken „Ständchen“ zum 165. Hochzeitstag des Künstler-ehepaars auf.

Willkommene Gäste im Schumann-Haus waren diesmal Franz Schubert und Johannes Brahms. Till Sarach (singender Darsteller) und Irina Lackmann (Klavier) vom vielseitigen Ensemble Theatrum am Schloss Hohenexleben gestalteten das anrührende Schubert-Programm „Ein Leben in Liedern“. Zum Abschluss der Festwoche spielte Klaus Sticken die drei Intermezzi op. 117 und den zweiten Teil der Paganini-Variationen von

Brahms. Cord Garben bot mit Clara Schumanns Transskriptionen von sechs Liedern Robert Schumanns eine der ausgesprochenen Raritäten der Festwoche.

Inzwischen begannen auch die Rathauskonzerte des Rundfunks und die Orgelstunden des Gewandhauses. Die Kammermusiken des Gewandhauses eröffnet das Gewandhaus-Quartett am Sonntag.

Das Forum für zeitgenössische Musik mit Thomas Christoph Heyde als ideenreichem künstlerischen Leiter wartete bereits mit mehreren Projekten auf, so mit einem Wandelkonzert der Flötistin Carin Levine im Museum der bildenden Künste, einem Nachtkonzert mit drei Uraufführungen von Péter Köszeghy, Helmut Öhring und Thomas C. Heyde auf dem Rodelberg WK 8 in Leipzig-Grünau.

Auf dem Brühl war das begehbare Konzert *Breitengrad Leipzig* der Schweizer Komponistin Mela Meierhans zu erleben. Das Stück will zum Nachdenken anregen und zerfasert dabei die kritisch dargestellten verschiedenartigen Probleme (rechte Spalte).

Zwei Veranstaltungen folgen noch am Wochenende: ein Konzert des Schlagzeugensembles auf dem Güterbahnhof Plagwitz, wo auch zwischen den Bahngleisen wuchernde Pflanzen zum Klingen gebracht werden (Sonntagabend 15 Uhr), und im Richard-Wagner-Hain Paul Hindemiths geistvolle Version *Ouvertüre zum Fliegenden Holländer wie ihn eine schlechte Kurkapelle um 7 am Brunnen spielt* (Sonntag 15 Uhr).

SIMULATION.VIBRATION. INSTALLATION.

Man muss noch Irritation hinzufügen. All das passierte an einem Abend im September. Mitten in Leipzig. Der Brühl und das Bildermuseum als Kulisse. Countertenor Michael Hofmeister und Mezzosopranistin Leslie Leon sangen und sprachen vom Balkon abrißbereiter Plattenbauten. Das Forum-Ensemble lief und blies zwischen laufenden, stehenden und sitzenden Passanten. Mal fuhren ein Taxi (leicht irritiert), dann ein Polizeiauto, danach ein knatterndes Motorrad rein zufällig durch das „begehbare Konzert“.

Schlagwerk und ein wenig Brimborium säumten die Straßenränder, um ebenfalls in diese Uraufführung mit einbezogen zu werden. Zum Erstaunen und Vergnügen erwartungsfroher und zufälliger Konzert(fuß)gänger.

Mela Meierhans aus der Schweiz hatte sich diesen Spaß erdacht, aufgeführt im Rahmen von *Heimat, Moderne Experimentale 1 Leipzig 2005*. Schwierig bis unmöglich, sich zum musikalischen Gehalt zu äußern. Aber: Plötzlich und nachhaltig rissen einen Klänge und Töne aus dem Alltagstrott. Auf dem „Breitengrad Leipzig“ war die Welt für eine Stunde wunderbar unreal und real zugleich. Sich Fremde staunten gemeinsam, blieben stehen und starrten wie gebannt auf ein echtes Pferd, das ebenfalls diszipliniert mitwirkte.

• M. Z.



Larsen Sechert neuer Künstlerischer Leiter im Theatrium

LN. Nicht nur mit seinen beiden Jugendtheaterprojekten *Das Königsexperiment* und *Ein wundervoller Sonnenuntergang* sowie diversen Clownstücken im Grünauer Kinder- und Jugendtheater Theatrium

machte Larsen Sechert (29) auf sich aufmerksam. 2004 legte er erfolgreich seine Magisterprüfung im Hauptfach Theaterwissenschaften ab; derzeit lässt er sich zum Clown ausbilden. Bereits seit 1995 arbeitete er in verschiedenen Einrichtungen sowie in freien Theaterprojekten vorwiegend mit Jugendlichen, aber auch mit Studenten, Erwachsenen, Kindern und geistig Behinderten als Spielleiter, Dozent, Regisseur und Schauspieler.

Ab sofort wird er das Profil des Theatrium wesentlich mitbestimmen und gemeinsam mit Vorstand und Ensemble teilweise neu prägen. Gesamtprojektleitung: Beate Roch; künstlerische Leitung: Larsen Sechert; Trägerverein: großstadtKINDER e.V., Vorstand: Ingeke Prüß.



MIT DER 34. AUSGABE DER FILM-LITERATURMESSE im Haus des Buches verabschiedet sich am 24. September die älteste Veranstaltung dieser Art. Seit 1971 war Wolfgang Schmäh ihr toller Organisator. Sammler und Fans bedauern das Ende, aber auch der schönste Film ist mal vorbei.



Wer dieser Tage in die *Passage Kinos* ging, schaute zunächst sicher etwas irritiert auf das geschäftige Treiben, das mit dem normalen Kinobetrieb so gar nichts zu tun hatte. Das

Von **MICHAEL ZOCK**

Gefühl war richtig, denn vor der ins Haus stehenden internationalen DOK-Woche bat jetzt die Filmkunstmesse Kinobesitzer, Verleiher, Medien und Publikum an die Pleiße. Bereits zum fünften Mal. Wer sich in der Szene etwas auskennt, weiß, dass es für Kinobetreiber, die ihr Haus nicht als Hollywood-Abspielstätte mit Popkorn und Cola verstehen, zunehmend schwieriger wird, sich im knallharten Verteilungsmarkt durchzusetzen. Auch in Leipzig gibt es kleine

FF dabei

DER FILM- UND FERNSEH-LINK

Das gibt's nur im Kino

und feine Kinobetriebe. Erwähnt seien nur Cineding, Cinematheque und die Schaubühne Lindenfels. Es wird auf Grund enormen Kostendrucks immer schwerer, einen interessanten Spielplan zu gestalten. Denn viele der alternativen Filmangebote kommen nur noch mit geringer Kopienzahl in die Kinos, so dass das interessierte Publikum einen Titel längst vergessen hat, wenn er beispielsweise später in kleinen Leipziger Häusern läuft. Wer weiß schon, dass im Jahr fast 400

neue Produktionen auf die Leinwände drängen.

Die Technikinteressierten ahnen längst, dass das Ende der schweren Filmrollen, die ein Filmvorführer bisher in die Vorführmaschinen hievte, gekommen sein könnte. Digitalisierung ist auch hier längst angesagt, allerdings nicht zum Nulltarif, der nun die kleineren Häuser wieder überfordern könnte.

Dass man ein Filmtheater nicht nur als Besucher, sondern auch als Mitarbeiter betreten könnte, steht außer Frage. Es stand der

Messe deshalb gut an, über Chancen und Ausbildungsmöglichkeiten in diesem Bereich zu diskutieren. Eine Mitgliederbefragung der AG Kinogilde ergab, dass derzeit nur 12 Betriebe ausbilden, aber weitere an speziellem Kinonachwuchs interessiert sind. Ein wahrlich abwechslungsreiches Tätigkeitsfeld.

Bemerkenswert ist auch eine deutschlandweite Aktion, die Leute ab 50 wieder auf einen Kinossessel locken soll. Besonders gedacht für ein älteres Publikum, das sich vom Knallbumm sowie Mord- und Totschlagkino längst abgewendet hat. Und auch den Fernseh-Heimatschnulzen der 50er Jahre rein gar nichts mehr abgewinnen kann. Als Kinoalternativen bieten sich da an: *Luther, Nirgendwo in Afrika, Alles auf Zucker*, aber auch neue Opernver-

filmungen wie *Tosca*.

Übrigens: In Leipzig stehen die Sonntags-Matineen der *Passage Kinos* und deren meist anspruchsvolle Auswahl schon in vielen Terminkalendern.

Wer schon länger in Leipzig wohnt, weiß, dass in DDR-Zeiten das wunderbare *Casino* am Neumarkt als das Haus mit dem interessantesten Spielplan der kleinen Republik galt. Es nützt heute aber nichts mehr, über das „Aus“ für diese Legende und den späteren Abriss des *Capitol* zu lamentieren.

Trotzdem bescherten jetzt die Leipziger der 5. Filmkunstmesse mit 4000 Zuschauern einen schönen Rekord und kürten: *Eine andere Liga* (eine deutsch-türkische Fußballgeschichte) zu ihrem Lieblingsfilm. Er kommt im Januar 2006 ins Kinoprogramm und dann auch in diese Zeitungsrubrik.

Der vorliegende Band 5 der von Friedrich Schorlemmer geführten Gespräche ist Günter Gaus und Wolfgang Ullmann – beide verstarben 2004 – „in Respekt und Zuneigung“ gewidmet.

Von Gaus, u. a. von 1974 bis 1981 Leiter der Ständigen Vertretung der BRD in der DDR, erfahren wir, dass für ihn der Kapitalismus nicht das letzte Wort der Geschichte war. Der Kapitalismus sei trotz seiner unendlich großen Ressourcen unfähig, mit seinen selbsterzeugten Problemen fertigzuwerden. Die „Rettung“ werde – historisch langfristig gemeint – aus der Dritten Welt kommen, „weil sie uns unser Herrschaftsgebaren eines Tages nicht mehr erlauben wird“. Es tut der Welt nicht gut, „dass es das Gegengewicht des Ostens nicht mehr gibt“. Und auf Deutschland bezogen: „Ich halte die Öffnung der Stasi-Akten für ein Unglück.“ Sein vernichtendes Ur-

Schorlemmers Gespräche mit Zeitzeugen

teil: „Wir haben in dem Punkt den Rechtsstaat zurückentwickelt, wir haben den Pranger wieder eingeführt, den wir mühsam genug in jahrhundertlangen Anstrengungen – bis zum aufgeklärten liberalen Rechtsstaat – überwunden hatten.“ Das betonte einer, der von sich sagte, „ich habe mehr Zeit im Leben zugehört als geredet“, der wusste, „wie Menschen reden und denken“, und der offenbarte: „Ich habe ein Herz für die Menschen hier.“

Was Ullmann – einst Dozent für Kirchengeschichte, später zunächst Vertreter von „Demokratie Jetzt“ am Runden Tisch – auf Schorlemmers Fragen antwortet, bekräftigt jedermanns Achtung vor ihm, der, im Unter-

schied zu vielen anderen, ein tatsächlicher Bürgerrechtler war. Er war ehrlichen Herzens Mitglied der Modrow-Regierung, bekennt – im Unterschied zu SPD-(Ost-)Vertretern – keine Ängste gehabt zu haben, „Mitglied einer kommunistischen Regierung“ zu sein, und auch später niemals Berührungsängste besessen zu haben. Was Ullmann zur Art und Weise des Beitritts der DDR zur BRD sagt, hebt sich von konservativem Triumphgeheul grundsätzlich ab. Statt sorgfältig Schritt für Schritt die Einheit herzustellen, wurde sie, so Ullmann, „Hals über Kopf, Knall und Fall“ vollzogen, wofür nach seinen Angaben 400 Milliarden DM gedruckt wurden, an deren

Folgen wir noch heute leiden. Darauf bedacht, die Rechte der Menschen in der DDR zu wahren, lesen wir mit Respekt dazu seine Worte: „In den Sparbüchern der DDR stand eingedruckt: ‚Die Deutsche Demokratische Republik garantiert die Sicherheit der Spareinlagen ihrer Bürger‘. Ich dachte: Wenn ich Minister bin, muss ich mich darum kümmern.“ Er war dafür, dass der Vereinigungsprozess richtig verlief. Daher sagte er denen, die es betraf: „Wenn es nämlich falsch geht, sind es eure Rechte, die ihr verliert.“ Wer ihn kannte, wusste, dass er nicht müde wurde, so auch im Gespräch mit Schorlemmer, sich für eine neue Verfassung des staatlich vereinigten

Deutschlands einzusetzen und auf den Verfassungsentwurf des Runden Tisches vom April 1990 hinzuweisen. Schorlemmer höchst zutreffend am Schluss zu Ullmann: „Wenn man Sie gehört hat, versteht man vieles besser, anderes neu.“

Beide, Gaus und Ullmann, fehlen uns heute sehr. Ihr Tod war ein großer Verlust für die Verfechter der Demokratie in einer Zeit, die durch zunehmenden Demokratie- und Sozialabbau gekennzeichnet ist.

Der Band enthält weitere neun Gesprächsprotokolle, darunter die der Gespräche mit Lothar Späth, Wolfgang Schäuble, Bernd-Lutz Lange und Ulrich Plenzdorf.

• KURT SCHNEIDER

Lebenswege. Gespräche mit Zeitzeugen, Band 5. Hrsg. von Friedrich Schorlemmer. Mitteleutscher Verlag, Halle 2005. 254 Seiten, 18 Euro

Irgendwann im Sommer einundneunzig lag in meinem Briefkasten ein A4-Umschlag mit einem Absender, der mir nicht bekannt war. Ein Verlag der SISYPHOS-PRESSE mit der Postadresse Leninplatz 28, O-10117 Berlin schickte mir einen Prospekt – sein Herbstprogramm 1991.

Die SISYPHOS-PRESSE ist ein kleiner unabhängiger Verlag, hieß es darin. Die SISYPHOS-PRESSE ist das Werk zweier Männer. Es sind Lesesüchtige, die sich mit Manuskripten und Buchentwürfen um den Schlaf bringen. Der Verlag trägt ihre Handschrift und ihren Namen. Er heißt: Verlag der SISYPHOS-PRESSE Faber & Faber.

Elmar Faber, damals noch Chef des Aufbau-Verlags, und sein Sohn Michael waren es, die in jenen Umbruchzeiten den Mut aufbrachten, einen anspruchsvollen Verlag zu gründen. Am 5. September des Vorjahres hatten sie den SISYPHOS gegründet, jetzt lag das erste Programm vor. Es war ein schmales, aber hochkarätiges Programm: zwei illustrierte Pressendrucke mit Texten von Gabriel Garcia Márquez und Christoph Hein, zwei Kin-

derbücher der anderen Art, gestaltet von Manfred Bofinger bzw. Albrecht Dieter Masuhr, und einen Almanach über Bücher und Lebenskunst.

Was vor fünfzehn Jahren als Ost-Berliner Verlag der SISYPHOS-PRESSE begann, ist heute der in Leipzig ansässiger Verlag Faber & Faber, ein in der Buchbranche über die Landesgrenzen hinaus weithin beachtetes ostdeutsches Verlagsunternehmen. Verglichen mit den marktbeherrschenden Buchkonzernen ist Faber & Faber mit jährlich etwa 20 Neuerscheinungen auch heute noch ein kleiner Verlag. Nimmt man jedoch die Qualität der literarischen und buchkünstlerischen Editionen zum Maßstab, so brauchen die zwei schlaflosen Lesesüchtigen keinen Vergleich zu scheuen. Im Gegenteil. Da sind die bisher 27 Graphischen Bücher, in denen Erstlingswerke deutscher Autoren des 20. Jahrhunderts von namhaften Künst-

lern illustriert wurden. Als 28. Band erscheint in diesem Monat, ausgestattet mit zwanzig Originalholzschnitten von Arthur Dieckhoff, Billys Erdengang, ein fast vergessenes Kinderbuch von Erich Mühsam. Dann die „Kultbücher“ der Weltliteratur, die von Heisig, Beisner, Gille und Naumann neu illustriert aufgelegt wurden: Goethes Faust, Dantes Göttliche Komödie, Cervantes Don Quixote, Luthers Tischreden. Hinzu kommt in diesen Tagen Claudius' Wandsbecker Bote, illustriert von Klaus Waschk.

Doch nicht nur die illustrierten Bücher sind zu einem Markenzeichen von Faber & Faber geworden. Mit der soeben abgeschlossenen DDR-Bibliothek liegen in einheitlicher Ausstattung, entworfen von dem bedeutenden Buchgestalter Jürgen Seuss, 25 literarische Zeugnisse vor, in denen die inneren Konflikte des untergegangenen Staates literarisch veranschau-

licht sind. Ihre Ergänzung findet die DDR-Bibliothek in jenen Editionen, die nach Elmar Faber eine „Mentalitätsgeschichte der ostdeutschen Intelligenz“ bilden sollen. Genannt seien hier Ulrich Dietzels Männer und Masken, Arno Hechts Die Wissenschaftselite Ostdeutschlands. Feindliche Übernahme oder Integration? und Werner Mitzenweis Die Intellektuellen. Literatur und Politik in Ostdeutschland 1945–2000 sowie dessen Autobiografie Zwielficht. Auf der Suche nach dem Sinn einer vergangenen Zeit. Ihre Fortsetzung findet diese „Nicht-Reihe“ in diesem Jahr mit der Autobiografie Werner Heiduczek's Die Schatten meiner Toten. Mit dieser Aufzählung ist das Editionsspektrum des Verlages noch nicht erschöpfend beschrieben. Neue Werke bekannter Autoren – so von Fritz Rudolf Fries, Christoph Hein, Erik Neutsch, Joachim Nowotny, Andreas Reimann, Helmut

Richter oder Manfred Wekwerth – gehören ebenso dazu wie die Buchkuriosa und andere Schmurpfeiereien, die sich die Verleger immer wieder leisten. In diesem Jahr ist es ein erotisches Kartenspiel aus der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, mehr sei nicht verraten.

Um die 100 Titel finden sich in der aktuellen „Backlist“, der Liste lieferbarer Bücher. Noch einmal so viele Titel aus den vergangenen 15 Jahren sind vergriffen, darunter viele, die heute schon zu gesuchten Sammlerstücken gehören.

Leipzig darf sich glücklich schätzen, einen Verlag von dieser Qualität in seinen Mauern zu wissen. Freuen wir uns auf noch hoffentlich viele literarische Novitäten aus der Mozartstraße, auf interessante, wichtige und schöne Bücher, die belegen, dass das Kulturgut Buch auch heute und morgen seine Existenzberechtigung nicht verloren hat. • EDMUND SCHULZ

Odessa ruft!

Marc Höpfner nimmt uns mit auf eine seltsame Reise: Vom New York der Gegenwart aus taucht man ein in das Mysterium Odessa. Und zwar in das kribbelige, vorrevolutionäre Odessa der vorletzten Jahrhundertwende. Eine illustre Reisegruppe ist auf den Spuren eines genialen Baumeisters. Sie suchen nach Weggefährten, Zeugen und Hinterlassenschaften. Marc Höpfner ist ein hochverdichtetes,

sprachgewaltiges Werk gelungen, das die Phantasie aufs vorzüglichste anregt. Seine Lust zu fabulieren, zu zergliedern, Fäden wieder zusammenzuführen und die Perspektiven zu wechseln lässt einen bunten Mikrokosmos plastisch auferstehen.

• D. M.

Marc Höpfner: Trojaspiel. Roman. Frankfurter Verlagsanstalt, Frankfurt am Main 2005. 538 Seiten, 24 Euro

Reise durch stürmische Zeiten

Dan Bar-On, israelischer Psychologieprofessor, Jahrgang 1938, verwendet gern die Metapher des Wirbelsturmes – und meint damit seine Biografie, seinen Lebensweg, Vergangenheit und Gegenwart. Seine Eltern verließen Deutschland im Jahre 1933. Seine Kindheit bringt er in Haifa, es folgt ein Vierteljahrhundert Kibbuz, dann seine Berufstätigkeit als Psychologe. Bekannt ist Dan

Bar-On durch seine Interviews mit Kindern von NS-Tätern geworden. Und zu den unsäglichsten, unvorstellbaren Verbrechen kommt er in seiner Autobiografie Erzähl dein Leben! immer wieder zurück. Interessant ist auch die Innenperspektive, wie die israelische Gesellschaft mit dem Holocaust umgeht. Erschütternd die von Dan Bar-On skizzierte Scham der Holocaust-Überlebenden. Beispiele aus seiner therapeutischen Tätigkeit belegen dies. Dan Bar-On beleuchtet weiterhin das Verhältnis zu Palästina, zeigt Wege seines individuellen, mitunter schmerzreichen Selbsterkenntnisprozesses: „In

Israel müssen wir die Situation aushalten, müssen wir uns durch das Chaos kämpfen, bis unser Glaube an die Möglichkeit besserer Beziehungen zwischen Arabern und Juden und zwischen Juden und Juden in unserem kleinen, schmerzbeladenen Land wahr wird.“ Angesichts der komplexen Thematik überrascht insgesamt die vorzügliche Lesbarkeit: Man liest sich sofort fest ... • D. M.

Dan Bar-On: Erzähl dein Leben! Meine Wege zur Dialogarbeit und politischen Verständigung. Edition Körber-Stiftung, Hamburg 2004. 268 Seiten, 14 Euro

KALENDERBLATT

Vor 50 Jahren

Verkündung der Hallstein-Doktrin

Am 22. September 1955 erklärte Kanzler Adenauer vor dem Bundestag, wenn ein diplomatischer Partner der Bundesrepublik die DDR anerkenne, werde dies ein „unfreundlicher Akt“ angesehen. Drei Monate später erläuterte Außenminister von Brentano die Konsequenz: Die Bundesrepublik wird diplomatische Beziehungen mit jeder Regierung abbrechen, die die DDR als souveränen Staat anerkennt. Diplomatische Beziehungen könnten nur entweder zu Bonn oder zu Ostberlin unterhalten werden, aber nicht zu beiden. Moskau sei eine einmalige Ausnahme, welche die Rolle der Sowjetunion als eine der vier Siegermächte widerspiegeln.

Diese außenpolitische Doktrin, die Anerkennung der DDR als zweiten deutschen Staat zu blockieren, basierte auf einer Studie des Staatssekretärs im Bundesministerium des Auswärtigen Amtes, Walter Hallstein, und des Leiters der Politischen Abteilung des gleichen Ministeriums, Wilhelm Grewe, benannt „Hallstein-Doktrin“. Angewandt wurde sie erstmalig gegen Jugoslawien, nachdem am 14. Oktober 1957 Tito erklärt hatte, dass Belgrad und Ost-Berlin diplomatische Vertreter austauschen würden. Gleiches geschah, als 1963 Kuba diplomatische Beziehungen mit der DDR aufnahm.

Im besonderen Maße wurde die Hallstein-Doktrin als Instrument der Drohung und Erpressung gegenüber den Staaten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas genutzt, denen der Entzug der „Entwicklungshilfe“ der Bundesrepublik angedroht wurde. Die westdeutsche Regierung verweigerte die Gewährung solcher Hilfe an Ceylon (1964) und Tansania (1965), nachdem die Regierungen dieser Länder Generalkonsulate der DDR zuließen, sowie an die VAR, nachdem diese den Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Walter Ulbricht, im Februar 1965 zu einem Staatsbesuch empfangen hatte. Diese Reaktion der BRD führte zum Bruch der westdeutschen Beziehungen zur arabischen Welt. Im Gefolge dieses Debakels sah sich das Auswärtige Amt gezwungen, die Hallstein-Doktrin flexibler zu handhaben, zumal sich im Frühjahr 1969 eine Welle von Anerkennungen durch die Blockfreien vollzog. Bis Ende 1969 wurde die DDR von Kambodscha, Irak, Sudan, Syrien, Südjemen und Ägypten anerkannt.

Erst unter Kanzler Willy Brandt wurde im Zuge seiner neuen Ostpolitik die Hallstein-Doktrin überwunden, die den aggressiven Alleinvertretungsanspruch der BRD als ein Merkmal des Kalten Krieges verkörperte.

• KURT SCHNEIDER

Am 1. Oktober 1945 konnten endlich alle Schüler in der Sowjetischen Besatzungszone wieder in ihre Schulen gehen und Neues für ihr Leben lernen. „Am 1. 10. 45 wurde die 58. Grundschule mit Herrn Gläser als Schulleiter ... neu organisiert ...“, heißt der erste Satz in der Chronik der 58. Schule in Leipzig-Wahren, wie sicher ähnlich in vielen anderen.

Was war geschehen? Die SMAD als Verantwortliche für die Sowjetische Besatzungszone hatte befohlen, ab diesem Zeitpunkt überall, also auch in Sachsen, den Lehrbetrieb in den Schulen wieder aufzunehmen. Unter neuen Bedingungen, mit neuem Lehrplan und nicht mit ehemaligen Nazi-Lehrern. Aber es gab in Leipzig ja noch die unbelasteten Lehrer aus dem einst hoch anerkannten Leipziger Lehrerverein, dessen Erster Vorsitzender vor 1933 eben Camillo Gläser war und der nun wieder seine „alte Schule“ leiten konnte.

„Demokratische Schulreform“ war eine richtige Definition, denn nicht nur ein neuer Lehrplan, nicht nur neue Lehrkräfte, die z. B. in Abtaundorf ihre erste Ausbildung erhielten, sondern auch die „neue Schulgemeinde, die sich aus der Lehrerschaft, dem Elternrat, Vertretern der antifaschistischen Parteien ... zusammensetzte“, repräsentierte das „Demokratische“ des Neuen. Und nach der schlimmen Nazizeit, die in den Krieg geführt hatte, war das auch sehr notwendig. Denn es galt nicht nur die materiellen Trümmer zu

1. Oktober 1945 in Sachsen:

Demokratische Schulreform

Erwin Hartsch war der erste Volksbildungsminister

beseitigen, sondern natürlich auch die geistigen. Immerhin: die Entwicklung führte von der Demokratischen Schulreform zum *Gesetz über ein einheitliches Bildungs- und Erziehungsprogramm der DDR* und zu einem der besten europäischen Schulsysteme, wie international eingeschätzt, das von Finnland weitgehend übernommen wurde.

Im Land Sachsen wurde damit auch das Volksbildungswesen – also kein Kultus, den es in Sachsen auch vor 1933 nicht gab – neu geschaffen. Zuerst als Ressort in der Landesverwaltung für Inneres unter Kurt Fischer. Dann gaben die freien Wahlen zum Landtag im Herbst 1946 die Möglichkeit, ein eigenes Ministerium für Volksbildung ins Leben zu rufen, das auch die Kultur mit einschloss. Zum ersten Volksbildungsminister wurde Erwin Hartsch berufen.

Erwin Hartsch wurde am 1. Juni 1890 in Jugelsburg/Vogtland geboren. Er wurde

Volkschullehrer in Mylau und war als linker Sozialdemokrat aktiv in seiner Partei tätig. Von Juli 1932 bis 7. Juli 1933 war er Mitglied des Reichstages und vertrat die SPD aus dem Wahlkreis 30 – Chemnitz/Zwickau. Zuvor, von 1926 bis 1932, war er SPD-Landtagsabgeordneter in Sachsen. Hartsch wurde von den Nazis mehrfach verhaftet und durch mehrere Zuchthäuser und KZ geschleppt, wo man ihm so übel mitspielte, dass die Funktion seiner Hände sehr stark eingeschränkt war. Das führte 1938 zu einem schweren Unfall, so dass er mit Krücken gehen musste. Zeitweilig war er dann als Handels- oder Versicherungsvertreter beschäftigt.

Max Seydewitz schreibt über ihn in seinen *Lebenserinnerungen*: „Ich kannte ihn gut aus der Zeit vor 1933, da er als überzeugter Anhänger des linken Flügels der SPD zum Bezirksvorstand der SPD im Bezirk Zwickau-Plauen gehörte, dessen Vorsitzender ich war. Als ein von den Faschisten gefürchteter Gegner wurde E. H. einge-

kerkert und im Konzentrationslager übel zugerichtet. Mein Freund Max Rausch ... erzählte mir später, dass er Erwin Hartsch ... gefragt habe, ob er bereit sei, das Amt des Volksbildungsministers in der zu bildenden Landesregierung zu übernehmen. „Und ob ich dazu bereit bin“, antwortete Erwin Hartsch. „Damit erfüllt sich der Traum meines Lebens.“ ... Aber bereits im Frühjahr 1948 mußte er, als sich sein durch die Folterungen im KZ geschwächter Gesundheitszustand weiter verschlechterte, um Entbindung von seiner Funktion bitten.“

Ich selbst lernte als Sachbearbeiter im Volksbildungsministerium in Dresden Erwin Hartsch als einen Menschen kennen, dessen Worte sozusagen aus den Tiefen seiner Seele kamen und dessen Stimme eine Urgewalt besaßen, die alle in ihrem tiefsten Inneren berührten und der sich niemand entziehen konnte. In seiner Haltung war er ein Vorbild für seine Mitarbeiter.

Erwin Hartsch war ein großes emotionales Erlebnis, das bei mir bis heute nachwirkt. Und an ihn mußte sich auch Helmut Holtzhauer aus Leipzig, sein Nachfolger, messen lassen. Er war anders, aber auch nachhaltig wirksam.

Erwin Hartsch starb am 2. August 1948 in Dresden. An ihn sollte man denken, wenn es um Fragen von Bildung und Erziehung geht.

• SIEGFRIED HAUSTEIN



Vor 50 Jahren offiziell eingeführt

Symbole der Arbeit

Als die Volkskammer am 26. September 1955 dem *Staatswappen* und der *Staatsflagge* der DDR Gesetzeskraft verlieh, verabschiedete sie am gleichen Tage ein verfassungsänderndes Gesetz, das – nach dem NATO-Beitritt der BRD und dem begonnenen Aufbau der Bundeswehr – den Schutz der Republik zur Bürgerpflicht erhob und den Ministerrat mit seiner Organi-

sierung beauftragte. Doch im Wappen ist kein Kriegsgerät versinnbildlicht (wie in der UdSSR, wo Lenin ein Gewehr als Machtsymbol im Entwurf des Staatswappens der UdSSR entfernen ließ). So notwendig die Verteidigung des Sozialismus ist – das Kriegshandwerk gehört nicht zu seinem Wesen. Das DDR-Wappen hatte Vorläufer. Erstmals wurde ein Staatssymbol am 8. November 1950 im Tagungsraum der Volks-

kammer gezeigt. Es stammte von Ministerpräsident Otto Grotewohl, der ein guter Zeichner war. Es zeigte bereits Hammer und Ährenkranz. Erstmals 1953 findet man auch einen Zirkel im Wappen. In jedem Falle bekundeten die Symbole des Schaffens von Arbeitern, Bauern und Intelligenz den Willen zu friedlichem Wirken. Der Bundesadler mit seinen Krallen spricht da wie seine Ahnen eine andere Sprache.

• G. L.

Was sich hinter LEIPZIGER STRAßENNAMEN verbirgt (35)

1898 wurde eine Straße in Eutritzsch nach dem Besitzer von Apels Garten, Andreas Dietrich Apel (1662–1718), und seiner Nachkommen Johann August Apel (1771–1816) und Guido Theodor Apel (1811–1867) benannt.

Andreas Dietrich Apel war Großkaufmann und Manufakturbesitzer. Er ließ nicht nur den nach ihm benannten fächerförmigen Barockgarten errichten, der an der Lage der Otto-Schill-Straße (Stiel) und, vom Dorotheenplatz ausgehend, der Reichel-, Kolonnen- und Elsterstraße (Fächer) noch erkennbar ist. Hier baute er auch die ersten sächsischen „Fabriken“ für Seiden-, Damast- und Atlasstoffe sowie für Gold- und Silbergespinste

und ließ Tapeten, Leinwand und Kattun bedrucken. Er legte Kanäle und Gräben an, um den Hochwasserschutz an der Pleiße zu gewährleisten.

Der Ratsherr und Schriftsteller August Apel studierte in Leip-

Apelstraße

zig und Wittenberg Rechte und Philosophie, arbeitete als Rechtsanwalt und beschäftigte sich intensiv mit Musiktheorie und der Schriftstellerei. Seine Theorie vom Zusammenhang von Gedichtmetrum und Rhythmus ist noch heute weitgehend gültig. Seine klassischen Dramen sind vergessen, doch nicht, dass er mit dem „Gespensterbuch“ die

Grundlage für das Libretto zu Webers Oper „Der Freischütz“ schuf.

Der heute noch berühmteste der Namensgeber ist Guido Theodor A., der Sohn von August A. Er besuchte die Nikolaischule und studierte in Leipzig und Heidelberg Rechtswissenschaften. Nach einem Sturz vom Pferd erblindete er. Auf seinem Gut in Ermlitz bei Schkeuditz schuf er Dramen, Lustspiele und Gedichte. Nach intensiver Beschäftigung mit der Völkerschlacht veranlasste er 1863 die Stiftung von Marksteinen auf den Schlachtfeldern. Sie sollten Kunde geben von Kampf und Krieg, „vom entsetzlichen Unheil, zu welchem die Menschen die ihnen von Gott gegebenen Kräfte

mißbrauchen“. Die 47 Marksteine (ursprünglich 44, drei wurden später errichtet) sind in fünf Gruppen geordnet: Schlacht von Wachau (Nr. 1–13), von Möckern (Nr. 14–21, 25, 44), bei Lindenau (Nr. 22–24), Kämpfe am 18. Oktober (Nr. 27–41) und Sturm auf Leipzig (Nr. 42 und 43). A. ließ die Steine auf eigene Kosten bei verschiedenen Steinmetzen anfertigen. Sein früherer Tod setzte dieser wertvollen Arbeit ein jähes Ende, so dass z. B. die Reiterkämpfe bei Liebertwolkwitz nicht gekennzeichnet wurden. Sein Sohn Heinrich A. hinterließ der Stadt ein Kapital von 15000 Mark, womit diese die Steine stets pflegen sollte.

• DIETER KÜRSCHNER



Von
**KLAUS
HUHN**

Pausenlos serviert man uns im Fernsehen „Erinnerungen“ an die DDR und versäumt dabei nie, uns vor schädlicher „Nostalgie“ zu warnen.

Das trieb mir den Gedanken in den Sinn: Zur Hölle mit Euren „Erinnerungen“ – jetzt erinnere ich mich mal.

Zum Beispiel an einen Tag in Madrid, fast auf die Stunde genau vor vierzig Jahren. Das Internationale Olympische Komitee tagte im Noch-Franco-Madrid und auf der Tagesordnung stand neben vielen anderen Anträgen auch einer, bei dem es um die endgültige Anerkennung des NOK der DDR ging. Bonn hatte dagegen weltweit mobil gemacht. Man pokerte hoch, holte sogar die Spiele 1972 nach München, um den lieben Freunden im IOC zu bedeuten: Wir tun viel für Olympia, aber ein wenig müsstet ihr auch für uns tun. Zum Beispiel dafür sorgen, dass die DDR nicht mit einer eigenen Mannschaft ins Münchner Olympiastadion marschiert. Das war der Hintergrund, im Vordergrund aber stand die vermaledeite IOC-Tagung vom 8.10.1965 in Madrid. Um allen der BRD auch nur halbwegs nahestehenden IOC-Mitgliedern den Standpunkt Bonns ans Herz zu legen, ließ man sich etwas einfallen, was nie zuvor in der Geschichte Olympias jemandem eingefallen war: Man „beauftragte“ alle BRD-Botschafter der westlichen Welt, die IOC-Mitglieder ihres Landes zu einem freundlichen Gespräch in die Botschaft einzuladen und ihnen – den Landessitten angepasst – bei Tee, Whisky oder Bier zu erklären, warum eine Anerkennung des NOK der DDR nicht nur unpassend wäre, sondern in Bonn auch als unfreundlicher Akt empfunden würde.

Da es nicht nur ein Birthler-Archiv gibt, sondern zum Beispiel auch eins des Auswärtigen Amtes der BRD, das nach 30-jährigem „Schweigerecht“ jedem die Akten öffnen muss, kümmerte ich mich vor Jahr und Tag mal um die diese „Operation“ belegenden Dokumente. Müheles fand ich einen stattlichen Papierstapel über die damaligen Aktivitäten der Diplomaten und auch die von Bonn angeforderten Vollzugsmeldungen. Das Resultat: Die Ablehnung des Antrags schien so sicher wie das berühmte Amen in der Kirche.

Nur: In der Schwyz war ein fataler Fehler unterlaufen. Das Schweizer IOC-Mitglied Albert Mayer – Oberbürgermeister von Montreux und davor Schweizer Generalstabschef – mochte die Deutschen nicht so sehr, weil

fast die ganze Familie seiner griechischen Frau während der Nazi-Okkupation ermordet worden war. Und erst recht mochte er keine Deutschen, die sich als Unteroffiziere aufspielten. Also ignorierte er die Einladung des Botschafters nach Bern. Da kam der offensichtlich nicht sonderlich intelligente Diplomat auf die Idee, Mayer einen Brief zu schreiben, in dem er ihm präzise mitteilte, wie der sich in Madrid zu verhalten habe, vornehmlich bei der Abstimmung über die Anerkennung des NOK der DDR.

Der Zufall wollte es, dass ich den Schweizer am 6. Oktober 1965 bei einer Party für das IOC traf. Mayer lud mich an seinen Tisch, vielleicht auch, weil mich seine Frau als DDR-Bürgerin und konsequenten Antifa-

ko 1968 noch unter gleicher Flagge und einer Passage aus Beethovens *Neunter* als Hymne, aber mit eigener Mannschaft an den Start gehen dürfe.

Der damalige Starkkommentator des BRD-Fernsehens Dieter Gütt verkündete am 11. Oktober 1965: „*Es reicht nicht mehr hin, über die Ansammlung weltfremder Männer skeptisch zu urteilen, die sich in Madrid im Glanze eines internationalen Komitees zu Höherem berufen fühlten. Es gilt, meine ich, zu prüfen, welchen Unsinn diese Kongregation der olympischen Sportwelt mit Menschen, Nationen und Begriffen anstellt, und wen sie begünstigt. ... Tatsache ist, dass genau das eingetreten ist, was nur wenige Tage zuvor von unseren bundesdeutschen Vertretern mit dem Brustton blinder Überzeugung als undenkbar und im höchsten Maße abstrus bezeichnet worden war; zwei Deutschlands in der internationalen Arena ... Die Illusion, das werde niemals geschehen, ist zerplatzt. Somit ist durch die Hintertür des Sports vorweggenommen worden, was politisch bis zu diesem Tage mit Geschick und Argumenten aufgeschoben worden war; die Spaltung Deutschlands durch Hinnahme der äußeren Wirklichkeit. Tatsächlich hat man*

Sportkolumne

Horch, was kommt von draußen rein

schisten für einen „guten Deutschen“ hielt. Wir tranken ein Glas Wein, Mayer holte den Brief aus der Tasche, las ihn vor und kündigte an, dass er ihn bei der IOC-Tagung allen zur Kenntnis geben würde.

Er tat es. Am Morgen des 8. Oktober eröffnete IOC-Präsident Brundage die Tagung, Mayer meldete sich zu Wort und der ahnungslose IOC-Präsident erteilte es ihm. Als der seine Brief-Lesung beendet hatte, verkündete er um Fassung ringende Brundage eine Pause. Die nutzte er, um dem bundesdeutschen NOK-Präsidenten Daume zu eröffnen, dass er keine Chance mehr sähe, die Anerkennung des NOK der DDR zu verhindern.

Die BRD zog die letzten beiden Karten, von denen sie glaubte, sie wären Trümpfe. Als erstes empfahl sie, Werner Scharch als „Zeugen“ gegen die DDR anzuhören. Der ehemalige Sportchef des SED-Apparats und spätere Radsportpräsident hatte sich einer Alkoholentziehungskur durch den Wechsel in die BRD entzogen und agierte seitdem überall, wo ein Verräter gebraucht wurde. Er kam jedoch gar nicht erst in den Saal, denn Brundage sagte schneidend: „No stooges“, was im Deutschen so viel heißt wie „Keine Achtgrotschenjungs“. Danach ließ die BRD-Delegation an jedes IOC-Mitglied eine Akte verteilen. Es war ein „Völkerrechtsgutachten“, das nachweisen sollte, dass das IOC nicht das Recht habe, der DDR eine eigene Mannschaft zuzubilligen. Brundages Kommentar war nicht druckreif. Dafür brachte er den Antrag ein, dass die DDR in Mexi-

für die Dreingabe in die Spaltung nichts eingetauscht ... Dies diplomatische Geschick ist beachtlich. Das Alleinvertretungsrecht der Bundesrepublik aber hat man vergessen, als sei es das Gespinnst einer Kamarilla von Wirrköpfen in der Bonner Regierung ...“

So unrecht hatte der Mann nicht. In der olympischen Arena war der unselige Alleinvertretungsanspruch gescheitert. Und als die DDR-Mannschaft 1972 in München in die Arena zog und viele dem Augenblick entgegenbrachten, welches Volkslied man bei ihrem Erscheinen wohl intonieren würde, hatte ein weiser Entertainer die Idee gehabt „Horch, was kommt von draußen rein“ spielen und singen zu lassen ...

Fortan – auch das offenbaren die Akten des Auswärtigen Amtes – zerbrach man sich mühsam die Köpfe, wie man der Welt erklären könnte, warum sich Bonn damit abfindet. Die Lösungen verdienen nicht zitiert zu werden ... Diese Erinnerung an den 8. Oktober 1965 schien mir deshalb vonnöten, weil man der DDR in den – siehe oben – pausenlos ausgestrahlten „Erinnerungen“ so gern vorwirft, den Sport für die Politik missbraucht zu haben. Die Wahrheit ist: Nie zuvor und nie danach hat eine Regierung versucht, durch die Nötigung von IOC-Mitgliedern ihre politischen Ziele durchzusetzen. Das ist die pure Wahrheit und die blanke Geschichte. Wollte man dies in deutschen Ländern nicht gründlich „aufarbeiten“? Es dürfte schwerfallen, heute irgendwo eine Zeile zu diesem Thema in den Medien zu finden, die diese Forderung pausenlos wiederholen.

Lindenauer Leichtathletikgeschichte

Anfang September trafen sich Leipziger Leichtathleten älterer Jahrgänge auf dem „Charlottenhof“ in der Erich-Köhn-Straße zu ihrem traditionellen Regionaltreffen. Unter ihnen auch einige Lindenauer – und schon bald war man mitten drin in den Erinnerungen über den Beginn der Lindenauer Leichtathletik.

Die Voraussetzungen für einen Neuanfang 1945 waren durch die Sowjetische Militäradministration geschaffen worden. Obwohl der Sporthof Charlottenhof stark in Mitleidenschaft gezogen war, wurde hier die SG Lindenau-Aue gegründet. Dieser Verein behauptete sich in den ersten zehn Jahren nach dem Krieg als Zentrum der Leichtathletik.

Allein 1948 kamen 7 Ostzonenmeister und danach bis 1954 27 weitere DDR-Meistertitel aus dem Verein.

Unter dem Namen BSG Empor Lindenau schrieb er DDR-Sportgeschichte. In den 50er Jahren war er – bis zur Gründung des Sportclubs Leipzig – in der Leichtathletik staatlicher Schwerpunkt. Viele

Spitzenathleten wurden hier von ausgezeichneten Trainern ausgebildet. Einer war der Weltrekordler im Kugelstoßen von 1928, der zweimalige Olympiateilnehmer und erste 16-m-Stoßer der Welt, Emil Hirschfeld. Er wirkte zwischen 1951 und 1954 als Trainer bei Empor Lindenau. In dieser Zeit holten u. a. die Werfer Karl Kröniger, Dr. Marcellus Markus und Ruth Wiederhold viele Meistertitel für den Verein. Ruth Wiederhold war noch bis 2002 international bei Seniorenwettkämpfen aktiv und erfolgreich. Auch in anderen Disziplinen bestimmten Lindenauer Meister, z. B. die Läufer Bohla, Töpelt, Scholz und Bäslack, das Leistungsniveau in der DDR entscheidend mit.

Anfang der 60er Jahre wurde auf dem Charlottenhof wieder ein Leichtathletik-Trainingszentrum für Kinder und Jugendliche errichtet. Es bestand bis zur Wende 1989/90. Aus dieser Zeit sind in bester Erinnerung die Bahnradsport-Weltmeisterin Petra Roßner, die Geherin Gabriele Herold und die Hochspringerin Andrea

Reichstein-Bienias, die ebenfalls in Lindenau ihre ersten sportlichen „Gehversuche“ machten.

Mit der Wende 1989/90 gab es einen tiefen Einschnitt in der Geschichte des SV Lindenau.

Erst 1993 schuf der Landessportbund Sachsen wieder einen Talente-Stützpunkt für junge Leichtathleten, der bis heute erfolgreich arbeitet.

Dies ist besonders den ehrenamtlichen Trainern zu danken. Ohne deren Fleiß und großes Engagement könnten die Leichtathleten nicht auf so viele Erfolge zurückblicken. Und das bei einer ständig sinkenden Sportförderung durch die Stadt Leipzig. Sie investiert lieber in medienwirksame Sporthöhepunkte. Bei der



Lindenauer Leichtathleten beim Training

Foto: Fiebelkorn

Leichtathletik wird nur das jährlich stattfindende Hallen-Leichtathletik-Meeting des LAZ Leipzig gefördert. Bei stärkerer Unterstützung könnte Leipzig auch wieder Austragungsort internationaler Meisterschaften werden.

Am 1. Oktober begeht die Leichtathletikabteilung des SV Lindenau 1848 e. V. mit ihrem 45. Herbstsportfest ihren 60. Geburtstag als ältester Leichtathletikverein der Stadt Leipzig.

• RALF FIEBELKORN

Nicht erst seit der Landtagswahl in NRW 2005 begann der Niedergang der SPD. Wer die Debatten im deutschen Bundestag aufmerksam verfolgte, gelangte immer nachhaltiger zur Feststellung, dass in Deutschland mit Unwahrheiten und Fälschungen regiert wird. Je mehr die rot-grüne Bundesregierung entsprechend den Weisungen der Herren Rogowski

Auf den Hund(t) gekommen

und Hundt, d. h. nach der Pfeife des Finanzkapitals tanzt, desto mehr kommt nicht nur die Wahrheit, sondern auch der Rest der bürgerlichen Demokratie auf den Hund.

Es sind die neoliberale Wirtschaftspolitik der Regierenden plus Korruption und die Steuerhinterziehung, die die Staatskasse gelehrt und die Kommunen bankrott gemacht haben. Jetzt sollen Arbeitslose, Rentner, Studenten und Kranke die Kirchhofsche Steuerreform finanzieren, die den Spitzensteuersatz noch tiefer senken soll. Für wenn eigentlich soll Hartz IV und Agenda 2010 Positives bringen?

MAXIMILIAN MEURER
LEIPZIG

Die auf der POST-Seite von LEIPZIGS NEUE veröffentlichten Leserzuschriften können bei Wahrung ihres Sinnes gekürzt sein.

Die geäußerten Standpunkte und Meinungen müssen nicht unbedingt mit denen der Redaktion übereinstimmen.
Die Redaktion

In den neugewählten 16. Deutschen Bundestag entsendet Hamburg den parteilosen Völkerrechtler Prof. Dr. Norman Paech, der auf Platz 1 für die Landesliste der Linkspartei.PDS kandidierte. Das ehemalige SPD-Mitglied war bis zu einer Emeritierung Professor für Öffentliches Recht an der Hamburger Universität für Wirtschaft und Politik. An der vor Jahren von den Gewerkschaften mit ins Leben gerufenen Hochschule konnten im Rahmen des 2. Bildungsweges nach einer Prüfung auch Nichtabiturienten studieren. Vom Hamburger CDU-Senat wurde diese Bildungseinrichtung inzwischen abgewickelt.

Anlässlich des internationalen Antikriegstages am 1. September 2005 kündigte Norman Paech auf einer öffentlichen Veranstaltung an, dass er als eine seiner ersten Initiativen im Bundestag den Abzug der ca. 170 amerikanischen Atombomben aus Büchel und Ramstein fordern will. Der Bundestag solle die neue Bundesregierung auffordern, den Abtransport der A-Waffen von den USA

Hamburger Völkerrechtler Norman Paech für die Linken im Bundestag

Atomwaffen raus aus Deutschland

zu verlangen. Nur so sei die Verpflichtung zur vollständigen nuklearen Abrüstung aus dem Nichtweiterverbreitungsvertrag zu erfüllen.

Auf seinen Wahlkampfauftritten erinnerte Norman Paech an die Koalitionsvereinbarung der SPD und von Bündnis 90/Die Grünen aus dem Jahre 1998. Denn im Jahr des Starts der rot-grünen-Regierung vereinbarten die beiden Parteien: „Die neue Bundesregierung hält an dem Ziel der vollständigen Abschaffung aller Massenvernichtungswaffen fest und wird sich in Zusammenarbeit mit den Partnern und Verbündeten Deutschlands an Initiativen zur Umsetzung dieses Zieles beteiligen.“ Der rot-grünen-Ankündigung sind bis heute keine Taten gefolgt, obwohl die sowjetischen A-Waffen aus den

neuen Bundesländern ebenso wie alle chemischen Waffen in der BRD abgezogen sind.

Ferner verlangt Norman Paech die Revision der derzeitigen NATO-Strategie, die den Einsatz von Atomwaffen vorsieht, und die Aufgabe des Konzepts der „nuklearen Teilhabe der Bundeswehr“. Beides sei ein Verstoß gegen das geltende Völkerrecht, wie es der Internationale Gerichtshof in Den Haag in seinem Gutachten vom 7. Juli 1996 festgestellt hat, als er die Drohung mit Atomwaffen und ihren Einsatz als grundsätzlich völkerrechtswidrig bezeichnete. Heute denken die USA bereits nach, wie sie gegen sogenannte „Terrorstaaten“ ihre A-Waffen einsetzen können.

HEINZ BURGER, HAMBURG

Alle Menschen haben es verdient, Sekt zu trinken

Eigentlich müsste es uns heute allen besser gehen als vor einigen Jahren. Niemals zuvor gab es mehr Reichtum als heute. Heute werden mehr Waren produziert und Dienstleistungen erbracht als jemals zuvor. Entsprechend hoch ist das „Volkseinkommen“. Es vermehrte sich allein in den letzten fünf Jahren um 170 Milliarden.

Das Problem ist nicht, dass der zu verteilende Kuchen kleiner wird. Das Problem ist, dass Unternehmen, Reiche, Vermögende immer dreistere Profitsteigerungen durchsetzen können und sich ein immer größeres Stück vom Kuchen einverleiben. Gefördert und begünstigt von einer faktischen großen Koalition.

Im Grundgesetz heißt es im Artikel 14: „Eine Enteignung ist nur zum Wohle des Volkes zulässig.“

Was seit der Ära Kohl passiert, ist die faktische Enteignung des kleinen Mannes. Die Ergebnisse von Hartz-IV-Gesetzen und rot-grüner Agenda-Politik sind eine Katastrophe. Die Arbeitslosigkeit steigt auf immer neue Rekorde und die Schere zwischen Arm und Reich öffnet sich immer weiter. Wir wissen: Die CDU/CSU/FDP-Agenda mit ungerechter Kopfpauschale, Mehrwertsteuererhöhung, Streichung der Nacht- und Schichtzulagen, Abschaffung der Pendlerpauschale und weitere Angriffe auf die Arbeitnehmerrechte sind keine Alternative, sondern eine weitere Verschärfung. So wird auch der Problematik fünf Millionen Euro Neuverschuldung pro Stunde nicht entgegengewirkt.

„Gegen jeden, der es unternimmt, die demokratische Ordnung zu beseitigen, haben alle

Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist“, so Artikel 20 des Grundgesetzes. Und: „Alle Gewalt geht vom Volke aus“ – ebenfalls Artikel 20 GG. Das bedeutet: Mehr Menschen müssen aufstehen und sich einmischen, für Solidarität statt Ellenbogen, für Mindestlohn statt Völkerhetze, für Anhebung der Regelsätze statt ein Leben von Almosen. Politik braucht Druck von unten! Nach diesem Wahlsontag mehr denn je. Eine andere Politik ist möglich und nötig.

Schauen wir genau hin, ob das „neue Gespenst“, die Linke.PDS wirklich so gespenstisch ist. Ob der Neoliberalismus nicht Faschismus, Terror und Anarchie fördert und die menschliche Zivilisation in Gegenwart und Zukunft bedroht.

Die Frage Schröder oder Merkel war uninteressant. „Sekt oder Selters“, das ist die Frage.

Ich finde, alle Menschen haben es verdient, Sekt zu trinken.

J. BRINKSMEIER
MARKKLEEBERG, WASG

Matze, UNSER MAN IN MÜNCHEN

ZWEIMAL AUTOLAND DEUTSCHLAND: 1. Einem Spiegel-Bericht zufolge stehen bei Volkswagen in Wolfsburg 10 000 der 103 000 Stellen insgesamt in Deutschland auf dem Spiel. VW-Chef Pischetsrieder möchte den Stellenabbau ohne Entlassungen erreichen. So sollen Mitarbeiter mit Abfindungen und Altersteilzeitmodellen zum Ausscheiden bewegt werden, im übrigen strebe man flexible Lösungen an. Wie diese nach VW-Manier aussehen können, wurde indes schnell deutlich: Den Arbeitnehmervertretern wurde kürzlich unmissverständlich klar gemacht, dass die Produktion des geplanten Golf-Geländewagens „Marrakesch“ nach Portugal gehe, falls die Mitarbeiter keine niedrigeren Löhne akzeptieren sollten.

2. Der Autobauer BMW ist im August so stark gewachsen wie seit fast sieben Jahren nicht mehr. Wegen der starken Nachfrage nach der neuen 3er-Reihe und der Einführung der 1er-Reihe legte der Absatz im August um mehr als 23 Prozent auf 99 193 verkaufte Autos zu – das größte Wachstum seit sieben Jahren. Und das in einer Branche, die in Europa in den letzten Jahren gegen Konsumflaute und stagnierende Umsätze zu kämpfen hatte. Ähnlich wie japanische Autobauer ging BMW jedoch einen neuen Weg: Die

BMW-Bänder wurden so ausgelegt, dass mit ihnen unterschiedliche Autos produziert werden können. Der Effekt: Kleinere und vor allem schwankende Stückzahlen können wirtschaftlich gebaut werden. (In Amerika stellt BMW die Produktion sogar so weit um, dass sportliche Roadster und geräumige Geländewagen hintereinander von einem Band rollen.) Flexibilität erlaubt innovativere Lösungen. Die Folge: Keine Entlassungen oder Verlagerungen von Jobs in Billiglohn-Länder. Statt Drohungen und Erpressungen setzt man bei BMW auf einvernehmliche Lösungen. Kaum ein anderes Unternehmen erlaubt so flexible Arbeitszeiten. Zufriedene und motivierte Mitarbeiter betrachtet das Unternehmen als Kapital, Kündigungen als „Harakiri“.

FÜR DIE BEWOHNER KOMMUNALER SOZIALER EINRICHTUNGEN in Oberbayern brechen raue Zeiten an. „Basis-Personal-Schlüssel“ heißt die Sparmaßnahme, mit der in oberbayerischen Behindertenwohnheimen jährlich 5 Millionen Euro an Personalkosten eingespart werden sollen. Das würde bedeuten, in einigen der ohnehin schon unter Personalmangel leidenden Heime fallen bis zu 30 Prozent der Stellen für soziale Betreuung weg. Der vorgeschobene Grund: Zur

Zeit hätten manche Wohnheime mehr Personal als andere, diese Unterschiede müssten korrigiert werden – nach unten natürlich. Für die behinderten Bewohner bedeutet dies indes weniger gemeinsame Ausflüge, weniger Urlaub, weniger Förderung und Betreuung – Hauptsache trocken, satt und sauber.

NACH BERECHNUNGEN DES KULTUS-MINISTERIUMS fehlen in Bayern zurzeit ca. 818 Lehrerinnen und Lehrer; Lehrerverbände sprechen von ca. 1000 bis 1200. Aufgrund des öffentlichen Drucks haben CSU und Staatsregierung versprochen, rund 800 Lehrer zusätzlich einzustellen. Im Haushalt 2005/2006 spricht man von 887 zusätzlichen Stellen. 646 davon sind „eingespart“, sie errechnen sich aus Arbeitszeitverlängerung, 241 (angebliche) echt zusätzliche Stellen errechnen sich laut bayerischer Staatsregierung, indem man die Stellen von 500 Hauptschullehrern und 262 Volksschullehrern streicht und folgendermaßen neu verteilt:

403 an Gymnasien, 40 an Realschulen und 560 an Grundschulen. Für die Mathegenies der Staatsregierung ergibt das insgesamt 1003 zu besetzende minus 762 gestrichene Stellen, also 241 Stellen mehr, als vorher eingespart wurden – angeblich zusätzliche Stellen!

Allerdings: Auch diese Stellen sind größtenteils überhaupt nicht vorhanden, weil die 560 Stellen an den Grundschulen bei näherem Hinsehen keine wirklich neuen Stellen sind, sondern sich zusammensetzen aus 400 Religionslehrerstellen, die bereits in den Vorjahren gestrichen wurden, plus 160 Stellen für die vorzeitige Einschulung von 20 000 zusätzlichen Kindern.

Fazit für weniger gerissene Mathematiker: Gestrichen werden an Grund- und Hauptschulen insgesamt 762 Stellen, zugesprochen werden insgesamt 443 Stellen (Gymnasien und Realschulen). Das ergibt ein Minus von 319 Stellen. Von den 646 Stellen, die nach CSU-Lesart aus der Arbeitszeitverlängerung „zur Verfügung stehen“, müssen die 560 unechten „neuen“ Grundschullehrerstellen der Ehrlichkeit halber ebenfalls abgezogen werden, so dass es summa summarum ganze 86 wirklich zusätzliche Stellen gibt (= 10% der von CSU und Staatsregierung versprochenen Anzahl!) bei einem Gesamtminus von – siehe oben – 319 Stellen. Denn auch in Bayern ergibt eins plus eins noch immer zwei. Schöne Grüße aus München

Ihr Matze

Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V.

☎: 0341-9608531, Fax: 0341-2125877



VERANSTALTUNGEN

Dienstag, 27. September, 18 Uhr, Leipzig
Chinas Weg in den Kapitalismus – und darüber hinaus. Mit Prof. Dr. Karl Georg Zinn, Rheinisch-Westfälische TH Aachen. Kostenbeitrag 1,50 Euro ***
 Harkortstr. 10

Mittwoch, 28. September, 15 Uhr, Chemnitz
Das Prinzip der Verantwortung in der globalen Welt. Mit Prof. Dr. habil. Alexander Andreeff, Dresden. In Zusammenarbeit mit der Seniorengruppe Chemnitz der GEW ***
 Begegnungsstätte des Betreuten Wohnens, Hauboldstr. 39

Mittwoch, 28. September, 18.30 Uhr, Leipzig
Aktionseinheit – Vereinigung in der Geschichte der Arbeiterbewegung. Die Parteitage von Eisenach (1869) und Gotha (1875). Mit Prof. Dr. Jutta Seidel, Leipzig.
 Klub Gshelka, An der Kotsche 51

Mittwoch, 28. September, 19 Uhr, Dresden
Linke Bündnisse in Deutschland. Mit Prof. Dr. Georg Fülberth, Politikwissenschaftler, Universität Marburg ***
 WIR AG, Martin-Luther-Str. 21

Sonnabend, 1. Oktober, 10–17 Uhr, Leipzig
 Wissenschaftliche Konferenz: **Dichter im Umbruch der Zeiten. Literatur im 20. Jahrhundert.** Mit Beiträgen von Willi Beitz, Volker Braun, Anna Chiarloni, Jürgen Engler, Peter Geist, Dorothea Gelbrich, Peter Gosse, Ralph Grüneberger, Peter Gugisch, Horst Haase, Christel Hartinger, Andreas Herzog, Heinz Klunker, Bernd Leistner, Dietrich Löffler, Michael Masanetz, Ilse Nagelschmidt, Klaus Pezold, Klaus Schuhmann, Christiane Schulz und Klaus Werner.
 Kostenbeitrag: 5Euro/3 Euro
 Harkortstr. 10

Sonnabend, 1. Oktober, 10–14 Uhr, Leipzig
 Kolloquium des Rohrbacher Kreises: **Für das Leben lernen – Pisa und die Folgen.** Mit Dr. Sabine Gerold, Vorsitzende des Landesverbandes der GEW, und Dr. Werner Mankel, IHK Dresden
 Neues Rathaus, Ratskeller, Hochzeitszimmer, Lotterstr. 1

Mittwoch, 5. Oktober, 18 Uhr, Chemnitz
 Buchvorstellung und Diskussion: **Im Fadenkreuz: Kuba.** Mit dem Autor und Publizisten Horst Schäfer, Berlin. In Zusammenarbeit mit Cuba si ***
 Rothaus e. V., Lohstr. 2

Mittwoch, 5. Oktober, 18 Uhr, Leipzig
 Buchvorstellung: **Am Seil.** Mit der Autorin Christine Zander, Leipzig
 Harkortstr. 10

Donnerstag, 6. Oktober, 18 Uhr, Leipzig
 Vortrag und Diskussion: **15 Jahre deutsche Einheit – Erfahrungen, Impressionen.** Mit Prof. Dr. Christa Luft, Berlin ***
 Harkortstr. 10

Freitag, 7. Oktober, 18 Uhr, Leipzig
Mit den Frauen der Welt. In Zusammenarbeit mit LISA
 Harkortstr. 10

Sonnabend, 8. Oktober, 9–11 Uhr, Chemnitz
 Vortrag und Diskussion: **Sozialismus als Zukunftsprojekt.** Mit Dr. Harald Neubert, Berlin. In Zusammenarbeit mit der AG ehemaliger Mitglieder SDAG-Wismut, Chemnitz ***
 Saal des Wismut-Center, Kirchhoffstr. 34–36

*** Die Veranstaltung wird gemeinsam mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Gesellschaftsanalyse und politische Bildung e. V. durchgeführt.
 Die Veranstaltungen sind für jedermann offen

Theatrium

Leipzig, Miltitzer Allee 52

28. 9., 18 Uhr und 29. 9., 20 Uhr: **So oder anders (Shakespeare-Variationen).** Jugendtheaterprojekt – ab 13 Jahre

1. und 2. 10., 15 Uhr: **Das Tierhäuschen** – ab 7 Jahre

7. und 8. 10., 20 Uhr: **Kopf oder Zahl.** Jugendtheaterperformance – ab 13 Jahre

Lieber

Gerhard Lube

zu deinen

80. Geburtstag

am 29. September

gratulieren wir dir ganz herzlich und wünschen Gesundheit und Wohlergehen

Die Genossen des PDS-Ortsverbandes Connewitz-Dölitz

Naturkundemuseum

Leipzig, Lortzingstr. 3

Sonderausstellungen:
Bis 6. 11.: **Ibis, Igel und Ichneumon – Tiere aus dem Land der Pharaonen**

Veranstaltungen:
2. 10. 10.30 Uhr, Führung durch die Sonderausstellung: **Ibis, Igel und Ichneumon – Tiere aus dem Land der Pharaonen.**

9. 10. 10.30 Uhr: **Spaziergang durch das vordere Rosental**

Reisetante sucht Reiseonkel

für Langzeiturlaub (Januar bis März 2006 in Portugal) und Freizeit in Leipzig.

Bin 62/158, Hochschulabschluss, promoviert, Witwe.

Er soll 60–70 Jahre alt sein, vital, klug, NR

Zuschriften unter Chiffre „Reisetante“ an Leipzigs Neue, Braustr. 15, 04107 Leipzig

SZM

Stadtteilzentrum Messemagistrale
 Straße des 18. Oktober 10a

25. 9., 15 Uhr: Interkulturelle Wochen **Bi-nationales Leben in Leipzig**

6. 10., 15.30 Uhr: **Wir lesen gemeinsam mit Kindern die Geschichten vom Drachen**

6. 10., 19 Uhr: **Ingrid Hille bringt Texte von Hermann van Veen,** musikalisch begleitet von Jens-Uwe Günther. Eintritt: 4,50 Euro

Marxistisches Forum Leipzig und „Rotfuchs“, Regionalgruppe Leipzig

laden zur Diskussion:

Die DDR – nur eine Fußnote der Geschichte? Zu Erfahrungen des Frühsozialismus in Europa mit Prof. Dr. Ingo Wagner

Dienstag, **4. 10., 18 Uhr,** im Liebknecht-Haus, Braustr. 15

Carl-Schorlemmer-Apotheke



Inhaber:
 FSD PhR Friedrich Roßner
 Fachapotheker für Allgemeinpharmazie
 Karlsruherstraße 54
 04209 Leipzig

Telefon (03 41) 4 22 45 58
 Arzneimittel-Information
 Arzneimittel-Abgabe

Telefon/Fax (03 41) 4 12 71 91
 Büro / Apothekenleiter

UnserGenosse

Wolfgang Weißflog

begeht am ersten Oktober seinen 75. Geburtstag

Dazu herzlichen Glückwunsch, verbunden mit einem großen Dankeschön für seine stete

Einsatzbereitschaft für aktiven Einsatz für

Die Linke.PDS, vor allem in der Basisorganisation

Die Genossen der Basisorganisation 114.1

Wandern mit den „aktiven Senioren“ Leipzig e. V.

Halbtagswanderungen:

27. 9. und 6. 10., 9 Uhr: Treffpunkt Endstelle Linie 9 in Thekla: Wanderung nach Plaußig

Filmnächte im Liebknecht-Haus:

Nächste Veranstaltung (bei gutem Wetter im Freien):

8. 10., 20 Uhr: *Che Guevara*

Das Organisationsbüro Ostermarsch e. V. lädt ein:

Vortrag zur Geschichte der Ostermärsche in Deutschland.

Referentin: Anke Schellenberg (Org.-Büro Ostermarsch e. V.)

Erinnerungen an die Anfänge der Ostermarschbewegung.

Eingeladen sind: Erika Däbritz (BdA), Reinhard Berndorf (Schriftsteller)

Vorstellung des Vereins Organisationsbüro Ostermarsch e. V. und Diskussion zur heutigen Ostermarschbewegung.

Moderation: Petra Ertel (Org.-Büro Ostermarsch e. V.)

30. 9., 18.30 Uhr, Lieb-knecht-Haus (Dachgesch.) Braustr. 15



Mag uns der Wind der Marktwirtschaft auch noch so beuteln. Wir stehen! Leicht gekrümmt. Aber wir stehen! Auch dank Ihrer Hilfe – die wieder einmal dringend nötig ist!

SPENDEN an:

Projekt Linke Zeitung e. V., Sparkasse Leipzig, Konto: 11 50 11 48 40 – BLZ 860 555 92, Kennwort: Spende für LN

Übrigens: LN ist auch ein prima Geschenk für Freunde, Bekannte, Nachbarn ...

Bestellschein

LIEFERANSCHRIFT:

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

evtl. Telefon

RECHNUNGSANSCHRIFT

(nur extra auszufüllen, wenn dies ein

Geschenkabonnement ist

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Das Halbjahresabonnement kostet 13 Euro.

Solidaritätspreis: Ich möchte LEIPZIGS NEUE unterstützen und zahle zum Halbjahrespreis von 13 Euro zusätzlich 5 Euro.

Ausgefüllten Bestellschein bitte an

LEIPZIGS NEUE, Braustraße 15, 04107 Leipzig schicken

Die Zeitung erscheint vierzehntäglich und wird über die Post zugestellt. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein halbes Jahr, wenn ich es nicht bis 1 Monat vor Bezugsende in der Redaktion kündigt.

Ich bitte um Rechnung

Ich bezahle durch Bankeinzug

Geldinstitut

BLZ

Kontonummer

Kontoinhaber

Datum, 1. Unterschrift des Auftraggebers

Ich kann diese Bestellung innerhalb von 10 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) widerrufen.

2. Unterschrift des Auftraggebers

Verlorener Tag

8.00: Aufstehen. Pinkeln gehen. Zigarette rauchen. Zeitung aus dem Kasten holen. Bier trinken.

bis 9.00: Zeitung lesen und Kreuzwörterlösen, Zigarette rauchen, Bier trinken.

ca. 11.00: Klo gehen, dann blöd aus dem Fenster gucken. Diese Frau da drüben hängt schon wieder Wäsche auf. Jeden Tag macht sie das. Muss eine Wäschefetischistin sein. Nervt.

ca. 13.00: Nachdenken über Mittagessen. Bloß – was? Eine Scheibe trockenes Brot, irgendwas braucht der Bauch. Bier trinken, Zigarette rauchen. Überlegen. Kaufhalle gehen?

13.30: Briefkasten gucken, in irrsinniger Hoffnung auf gute Post. Gott sei Dank keine Horrormeldung vom Arbeitsamt oder sonst einer Behörde.

13.32: Bier trinken, rauchen.

13.33: Erkenntnis: Du musst zum Arzt. Na ja, nächste Woche. Vielleicht.

13.50: Rauchen, Bier und Schnaps.

14.30: Abschlaffen. Ab ins Bett.

16.00: Aufstehen. Noch mal in den Briefkasten gucken, Wunder sind ja nicht ausgeschlossen. Nichts. Auch gut. Telefon auch nichts, na gut, bist eben weg. Blick aus dem Fenster. Mensch, die haben den Rasen gemäht. Sowas hast du früher bis zum Abwinken auch mal gemacht, während der ABM.

16.05: Sehnsucht nach den alten Zeiten. Jammer. Alles vorbei, kommt nicht wieder. Was hast du früher alles geleistet!

16.15: Pinkeln gehen. Blick in den Spiegel ..., mein Gott ...! Wenigstens rasieren. Aber für wen eigentlich?

16.30: Zigarette rauchen. Bier.

16.45: Telefon. Spielt die Welt verrückt, was wollen die von mir? Eine gutgeschulte Mädchen- oder Frauenstimme raunt mir ein Kaufangebot ins Ohr, spricht mich mit Namen an. Es bleiben ihr keine vier Worte, ich lege sofort auf. Sonst würde mir schlecht. Wozu habe ich eigentlich noch ein Telefon?

17.10: Abmarsch in die Kaufhalle. Tabak, Bier, Schnaps, Brot. Seit ich wegen privater Insolvenz meine Dienstmagd entließ, muss ich eben alle Wege selbst erledigen. Schleichweg um nicht an den Trinkern neben der Kaufhalle vorbei zu müssen.

18.00: Abendmahl. Karg. Brot, Käse und Bier.

18.30: Alte Briefe lesen, o Mann, was waren das für Zeiten! Ich habe irgendetwas Unterlagen gesucht, bin aber auf diese alten Briefe gestoßen. Ich sollte auch mal wieder Briefe schreiben. Per Hand, wie früher. Mensch, was hast du früher für Briefe geschrieben, und fast alle sind beantwortet worden.

20.00: Radio. RSA. Oldies. Beatles, Stones usw., sogar Karat. Wie verrückt waren wir damals auf diese Bands. Und dann kam der Film „Bleierne Zeit“ auch in die ostdeutschen Kinos Anfang der 80er. Der war Ernüchterung und auch sowas wie Ahnung. Der Film wirkte seinerzeit auf mich wie ein Orakel. Und es ist eingetroffen. Bier und Schnaps und noch 'ne Zigarette und Erinnerung genießen.

21.00: Schlafen, vielleicht kommt ein guter Traum.

• EKKEHARD FRITZ

64001 DP AG Postvertriebsstück Gebühr bezahlt
Projekt Linke Zeitung e. V., Braustraße 15, 04107 Leipzig

FUNDSACHEN

Die sind doch total happy, dass sie jetzt mal einen (ehemaligen) Richter im Konrad-Adenauer-Haus haben, bisher war doch dort immer nur der Staatsanwalt. beides ZDF 1. 9.
WDR 27. 8.

Der Pharmaindustrie und den Apotheken geht es nur um den Umsatz. Die Abgabe von Medikamenten in Kleinpäckungen, auf den Bedarf des Patienten zugeschnitten, wird in der BRD immer wieder abgelehnt. In anderen Ländern wird das längst praktiziert und bringt große Einsparungen. ZDF 30. 8.

In Venezuela arbeiten z. Z. Tausende kubanische Ärzte. Sie wohnen dort, wo die Armen wohnen. DLF 30. 8.

Schuld an den Ölpreisen sind die Spekulanten, die fette Gewinne machen. Die Benzinkonzerne haben darauf mit höheren Preisen reagiert. Die Gewinne von Shell, Exxon und BP sind in diesem Jahr bereits um ein Drittel gestiegen.

Im Bundesinstitut für Berufsbildung forschen 500 Wissenschaftler. Die Qualität der Berufsausbildung wird aber nicht

erforscht. beides ZDF 1. 9.
In diesem deutschen Schrebergarten zwei kleine Giftzwerg aufzustellen – Oskar und Gregor –, das gönne ich dem deutschen Wähler.

Kabarettist Schramm ARD 1. 9.
Streitpunkt ist Zypern, das die Türkei nicht anerkennen will. Nachrichten im ZDF 2. 9.
Wer will hier wen nicht anerkennen?

Wir können doch nicht in die Geschichtsbücher schreiben: Wer die große Flut 2005 überlebte, darüber haben Armut, Alter und Hautfarbe entschieden. Zitat aus einer US-Zeitung, DLF 3. 9.

Deutschland, Deutschland über alles, über alles in der Welt ... von der Maas bis an die Memel, von der Etsch ... So zu hören in einem der NPD-Werbespot, ARD 3. 9.

In New Orleans, wo vor 246 Jahren die Sklavenschiffe ankamen, ist das Erbe der Sklaverei ungeboren. DLF 6. 9.

• GEFUNDEN VON
MANFRED ERBE

WENN VOR LANGEN ZEITEN ein Journalist Elend und Unterdrückung beschreiben wollte, zitierte er am liebsten einen anonymen Taxifahrer der Hauptstadt, der ihm vor roten Ampeln oder im Stau die Misere seines Lebens beschrieb. War es eine Gegend ohne Taxifahrer, zauberte man ein Großmütterchen an den Straßenrand und ließ sie die bittere Not schildern. Die untergegangene DDR aber lässt sich am leichtesten mit dem Stichwort „Platte“ abtun. Man könnte eines Tages einen – nicht zu hoch dotierten – Literaturpreis für die Autoren stiften, die mit der „Platte“ am überzeugendsten DDR-Kalamität beschrieben. Jens Bisky – sagt man in Wanderkreisen – habe einen sicheren Platz in der Spitzengruppe, da er sogar eine Platte beschrieb, bei deren Errichtung man keine Wasserwaage bei der Hand hatte ... Unlängst kamen wir durch Meck-Pomm und begegneten einer russisch plaudernden Gesellschaft, deren Thema auch die „Platte“ war. Da einige von uns die Schule nicht mit einer Russisch-Fünf verlassen hatten, mussten wir nicht lange rätseln. Die Herren waren aus St. Petersburg (zu DDR-Zeiten: Leningrad) gekommen, um „Plat-ten“-Geschäfte anzubahnen. Es habe sich rund um die Eremitage herumgesprochen, dass in ostdeutschen Landen Plattenhäuser abgerissen und die Platten zu Straßenkies zermahlen würden. Man habe einen Spezialisten engagiert, der die Platten untersucht und festgestellt habe, mit ihnen könne man noch etwa 80 Jahre lang stabile

Warum wir eine Ich-AG gründen

Häuser bauen. Also plane man, die Platten auf Schiffen Richtung St. Petersburg zu schaffen und dort billige Häuser zu bauen. Wir staunten. Da versenken sie eine Gas-Pipeline in die Ostsee, damit die Deutschen vielleicht doch noch zu billigerem Gas kommen, und auf dem Wasser schwimmen die Platten, damit die Russen billige Häuser zusammenschweißen können.

Wanderungen durch Neufünfland

SÜDWÄRTS WANDERND, kamen wir auf die Idee, mehrere Ich-AG's zu gründen. Nicht, dass wir uns Reichtümer davon versprechen, aber die Idee ist vielversprechend. Die meisten Politiker, die in den Vorwahltagen ihre Versprechungen im Dutzend lieferten, schworen auch, der Bürokratie den Garaus zu machen. Wie aber, fragten wir uns, sollen sie das zuwegebringen, wenn ihnen niemand die Bürokratie signalisiert? Also beschlossen wir, Bürokratie aufzuspüren und gegen eine entsprechende Gebühr höheren Orts zu melden. Zum Beispiel: In Meinungen sind die Bürokraten auf die glanzvolle Idee gekommen, Schüler, deren Eltern Arbeitslosengeld II oder Sozialhilfe empfangen, künftig das Fahrgeld für den Schulbus „vorstrecken“ zu lassen. Sie sollen die Summe

bezahlen und nach Ende des Schulhalbjahrs zurückbekommen. Woher die Eltern das Geld nehmen sollen, wusste keiner. Also werden wir empfehlen: Nicht die Busgesellschaft spielt Bank und verwaltet – zinslos – das Geld der Sozialhilfeempfänger, sondern das dafür von Staats wegen zuständige Amt, und das gibt auch die Freifahrtscheine aus. Nicht weit weg, im malerischen Lauscha, kamen wir dazu, als die Polizei am Hüttenplatz eine Betonmischmaschine in Haft nahm. Denn: Die Stadt hatte die Sonneberger Firma X engagiert, um die Oberlandstraße zu „renovieren“. 850 000 Euro sollte der Spaß kosten. X geriet in Schwierigkeiten und übergab den Job an Firma Y, aber die kam auch nicht aus dem Knick. Die Stadt stellte die Zahlungen ein. Inzwischen war X pleite und Y wollte sein Material von der Baustelle zurückholen. Wir empfehlen in solchen Fällen: Eine Ausschreibung und ein Vertrag mit der beauftragten Firma, jede Woche in der Stadtverwaltung mitzuteilen, wie die Dinge stehen. Kommt man voran, wird gezahlt. Und so weiter. Bedenken Sie mal: Wir kassieren nur ein Prozent – das wären in diesem Fall 8500 Euro. Allen Ernstes, wir eröffnen ein Kombinat mit Anti-Bürokratie-Ich-AGs. Und nebenbei schreibe ich weiter für Leipzigs Neue.

• KLAUS HUHN



Herausgeber: Projekt Linke Zeitung e.V., V. i. S. P.: Rahel Springer

Redaktion: Braustraße 15, 04107 Leipzig, Tel./Fax: 0341 / 21 32 345
E-Mail: leipzig_neue@t-online.de
Internet: www.leipzig-neue.de
Einzelpreis: 1 Euro, im Abonnement halbjährlich (für 13 Ausgaben): 13 Euro

Vertrieb, Abonnement, Abrechnung: Ralf Fiebelkorn, Büro- und Verlagservice, Gärtnerstraße 113, 04209 Leipzig
Tel./Fax: 0341 / 21 32 345

Anzeigen, Werbung: BERGdigital, Hans-Jürgen Berg, Oststraße 39, 04420 Markranstädt
Tel.: 034205/18 010, Fax: 034205/18 062
E-Mail: bergpr@web.de

Druck: Rollenoffset-Kiel GmbH

Einzelne Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird nicht gehaftet.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:

20. September

Die nächste Ausgabe erscheint am 7. Oktober

Spendenkonto für Projekt linke Zeitung e. V. bei der Sparkasse Leipzig, BLZ: 860 555 92, Konto: 11 50 11 48 40